

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025 **der VR VerbundBank eG**

Gliederung des Lageberichts

- A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit
- B. Geschäftsverlauf und Lage (Wirtschaftsbericht)
 - 1. Rahmenbedingungen
 - 2. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 - 3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs
 - 4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der wirtschaftlichen Lage
 - a) Ertragslage
 - b) Finanzlage
 - c) Vermögenslage
 - 5. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage
- C. Risiko- und Chancenbericht
- D. Prognosebericht

A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die VR Bank HessenLand eG ist mit der Volksbank Lauterbach-Schlitz eG zur VR VerbundBank eG verschmolzen. Die für die Verschmelzung notwendigen Beschlüsse wurden durch die Vertreterversammlung der VR Bank HessenLand eG am 12. Juni 2025 und durch die Vertreterversammlung der Volksbank Lauterbach-Schlitz eG am 28. Mai 2025 gefasst. Die Eintragung der Verschmelzung im Genossenschaftsregister erfolgte am 03. November 2025.

Wir als VR VerbundBank eG betreiben unsere Geschäfte im Rahmen der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben, insbesondere unter Beachtung des Kreditwesengesetzes und unserer Satzung. Wir sind ein Kreditinstitut gemäß § 1 KWG. Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder. Als Universalkreditinstitut sind wir Ansprechpartner für Privat- und Firmenkunden in Finanzierungsfragen und Themen der Geldanlage. Gegenstand des Unternehmens ist darüber hinaus die Pflege des Spargedankens, die Durchführung des Zahlungsverkehrs, der genossenschaftlichen Beratung unserer Kunden sowie der Erwerb und die Veräußerung von Wertpapieren und anderen Vermögensgegenständen.

Der Sinn unserer Geschäftstätigkeit besteht darin, die wirtschaftlichen Ziele und Wünsche unserer Mitglieder zu verwirklichen. Dieser Förderauftrag ist für uns eine hohe qualitative Verpflichtung. Im Mittelpunkt steht das Kundeninteresse des einzelnen Mitgliedes. Daher verstehen wir uns als Mitgliederbank, in der jeder Kunde Mitglied sein soll.

Die Geschäftspolitik ist entsprechend unserer ländlichen Geschäftsstruktur nachhaltig und bodenständig ausgerichtet. So wie in der Natur ist die Anpassungs- und Lebensfähigkeit unseres betrieblichen Organismus von zentraler Bedeutung. Unsere Geschäftspolitik wird durch zwei Fixpunkte bestimmt: Kundenzufriedenheit und Wettbewerbsfähigkeit.

Wir streben nach starken Mitgliedern mit einer starken VR VerbundBank eG für eine starke Region. Als Bank stark zu sein bedeutet für uns, Innovationskraft umzusetzen; das heißt früher und besser als Wettbewerber verändernde Umweltbedingungen zu erkennen und sich innerbetrieblich anzupassen. Wir legen großen Wert auf Schnelligkeit bei der Realisierung. Die Geschäftspolitik ist von einem sehr dynamischen unternehmerischen Geist gekennzeichnet.

Als Genossenschaftsbank besteht unsere Kernaufgabe darin, die wirtschaftliche Entwicklung unserer Mitglieder und Kunden zu fördern. Darin gründet auch die enge regionale Bindung an das Geschäftsgebiet.

Die VR VerbundBank eG ist ein Verbund regionaler Genossenschaftsbanken als Partner der Regionen, die im Rahmen eines Markenkonzeptes gesteuert werden und die Vorteile hinsichtlich Vertrauen, Nähe und einer durch Professionalität geprägten Mitglieder- und Kundenbeziehungen beibehalten. Derzeit bestehen die regionalen Marken HessenLand sowie Lauterbach-Schlitz, wobei diese als dezentrale Zweigniederlassungen eingetragen sind und auch einer dezentralen Steuerung unterliegen. Somit ist die Dezentralität Bestandteil unserer Organisations- und Funktional-Prinzipien in der Marke. Hierbei besteht eine Einheit von Geschäftsverteilung und Organigramm. Mit der Marke sollen Wettbewerbsvorteile bewusst genutzt werden.

Neben diesen regionalen Marken unterhalten wir im Rahmen unserer Geschäftstätigkeit eine weitere Marke, die ebenfalls als Zweigniederlassung eingetragen ist, unter der Firmierung AgrarBank, welche als Geschäftsmodell die Absatzfinanzierung von landwirtschaftlichen Maschinen sowie die Einlagengewinnung von Kundengeldern beinhaltet.

Als zentrale Geschäftsfelder haben wir das Privat- und das Firmenkundengeschäft sowie als Ergänzung zum Kundengeschäft und zur Liquiditäts-, Ertrags- und Risikosteuerung das Eigen-, das Beteiligungs- sowie das Immobiliengeschäft etabliert. Darüber hinaus nutzen wir das Leistungsangebot innerhalb der Genossenschaftlichen FinanzGruppe.

Zur Erfüllung von § 1 EinSiG i. V. m. § 1 Abs. 3d Satz 1 KWG gehört die Bank der BVR-Institutssicherung (BVR-ISG-Sicherungssystem) an. Das BVR-ISG-Sicherungssystem ist eine Einrichtung der BVR-Institutssicherung GmbH, Berlin (BVR-ISG), die als amtlich anerkanntes Einlagensicherungssystem gilt.

Daneben ist unsere Genossenschaft der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR-SE) angeschlossen, die aus dem Garantiefonds und dem Garantieverbund besteht. Die BVR-SE ist als zusätzlicher, genossenschaftlicher Schutz parallel zum BVR-ISG-Sicherungssystem tätig.

B. Geschäftsverlauf und Lage (Wirtschaftsbericht)

1. Rahmenbedingungen

Wirtschaft stabilisiert sich

Im Jahr 2025 konnte sich die deutsche Wirtschaft noch nicht aus der ausgeprägten Schwächephase der Vorjahre befreien. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat sich jedoch etwas gefestigt. So stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nach ersten amtlichen Berechnungen leicht um 0,2 %, nachdem es in den Jahren 2023 und 2024 noch um 0,9 % beziehungsweise 0,5 % gesunken war. Auch das Preisgeschehen hat sich stabilisiert. Während sich die Verbraucherpreise 2023 noch um hohe 5,9 % verteuerten, erhöhten sie sich im Jahresdurchschnitt 2025 um 2,2 % und damit in gleichem Maße wie 2024.

Globale und inländische Faktoren verhindern Erholung

Zwar hatte sich die wirtschaftliche Stimmung zu Jahresbeginn aufgehellt, befördert vor allem durch die erwarteten Ausgabensteigerungen der neu gewählten Bundesregierung für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz. Eine nachhaltige Konjunkturbelebung blieb jedoch erneut aus. Die Gemengelage aus hohen weltwirtschaftlichen Unsicherheiten - unter anderem verursacht durch die unberechenbare US-Handelspolitik - und anhaltenden inländischen Strukturproblemen - wie den Bürokratielasten und dem allgemeinen Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit - dämpfte die Konjunktur.

Im Zuge von Vorzieheffekten der angekündigten US-Importzollerhöhungen war das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal noch deutlich gestiegen. Im weiteren Jahresverlauf belasteten die Zollerhöhungen jedoch umso mehr. Auch die zum Jahresende langsam wirksam werdenden Wachstumsimpulse der Bundesregierung, wie die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen, führten noch keine durchgreifende Belebung herbei.

Weiter steigende Konsumausgaben

Wie bereits im Vorjahr stabilisierten die Konsumausgaben die Gesamtentwicklung. Zwar legte der Privatkonsum preisbereinigt mit 1,6 % deutlich stärker zu als 2024 (+0,5 %). Besonders für Gesundheit (+3,8 %) wurde mehr Geld ausgegeben als zuvor. In anderen Konsumbereichen wie etwa bei Nahrungsmitteln (+1,0 %) sowie bei Gastronomie und Beherbergungsdienstleistungen (-0,2 %) verlief die Entwicklung jedoch weniger dynamisch. Allgemein dämpften hohe Unsicherheiten über die Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung, schwächere Lohnsteigerungen, das Auslaufen der Inflationsausgleichsprämien und die höheren Sozialversicherungsbeitragssätze die Ausgabenbereitschaft.

Verglichen mit dem Privatkonsum expandierten die preisbereinigten Konsumausgaben des Staates ebenfalls solide, aber mit 1,3 % etwas schwächer. Treibende Faktoren waren hier unter anderem die weiter zunehmenden Ausgaben im Gesundheits- und Pflegebereich. Insgesamt lieferten die Konsumausgaben mit 1,1 Prozentpunkten abermals den größten Wachstumsbeitrag zum Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts.

Rückläufige Anlageinvestitionen

Das Investitionsklima blieb trübe. Angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung in der Industrie, der strukturellen Standortsschwächen sowie der enormen geo- und wirtschaftspolitischen Unsicherheiten wurde erneut weniger in Ausrüstungen investiert. Der Rückgang der preisbereinigten Ausrüstungsinvestitionen (-1,9 %) fiel gleichwohl schwächer aus als im Vorjahr (-5,4 %). Die Bauinvestitionen verminderten sich ebenfalls weniger deutlich als zuvor (-0,6 % nach -3,4 %). Die Baukonjunktur zeigte sich dabei weiterhin gespalten. Während die preisbereinigten Investitionsausgaben im Wohnungsbau trotz gesunkener Finanzierungskosten und gestiegener Realeinkommen der Privathaushalte nochmals zurückgingen, gelang dem Wirtschaftsbau mit dem Ausbau von Stromtrassen und Glasfasernetzen bereits eine Trendwende nach oben. Die öffentlichen Bauinvestitionen legten erneut zu, befördert durch bereits länger geplante Infrastrukturmaßnahmen.

Alles in allem sanken die Bruttoanlageinvestitionen um 0,2 % und übten damit einen minimal negativen Wachstumsimpuls auf das Bruttoinlandsprodukt aus. Dem stand jedoch ein kräftiger Wachstumsimpuls von Seiten der Vorratsveränderungen (+0,7 Prozentpunkte) gegenüber, da viele Unternehmen im Zuge der unerwartet langanhaltenden Nachfrageschwäche offenbar mehr produzierten als absetzen konnten.

US-Handelspolitik belastet Außenhandel

Der Außenhandel wurde maßgeblich durch die protektionistischere Handelspolitik des US-Präsidenten Donald Trump bestimmt. Bereits im Januar kündigte Trump neue US-Importzölle an. Ab Februar führte er dann Zusatzzölle auf Warenimporte einzelner Staaten sowie verschiedener Produktgruppen – darunter Stahl, Aluminium und Autos – ein, was teilweise handelspolitische Gegenmaßnahmen nach sich zog. Einige dieser Zölle wurden zeitweise ausgesetzt oder nach Abschluss von Handelsabkommen verringert. Insgesamt belastete die unberechenbare US-Handelspolitik den Welthandel spürbar.

Angesichts des Gegenwinds von Seiten der US-Handelspolitik, sowie weiterer Belastungsfaktoren, wie der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und der stärkeren Konkurrenz durch chinesische Produkte, gingen die deutschen Exporte 2025 preisbereinigt nochmals zurück. Mit einer Veränderungsrate von -0,4 % fiel der Exportrückgang aber weniger deutlich aus als im Vorjahr (-2,1 %). Die Importe, die 2024 noch um 0,6 % gesunken waren, legten hingegen um kräftige 3,6 % zu. Sie wurden durch die robusten Konsumausgaben und durch die staatlichen Rüstungsinvestitionen gestützt. Der Außenbeitrag verminderte das gesamtwirtschaftliche Wachstum daher nochmals merklich.

Gleichbleibende Defizitquote

Um die angestrebte Erhöhung der Staatsausgaben für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz zu ermöglichen, wurden die deutschen Fiskalregeln gelockert und die Kreditspielräume erheblich erweitert. Allerdings traten 2025 nur einige der geplanten Fiskalmaßnahmen in Kraft, darunter verteidigungsbezogene Transfers an die Ukraine, sodass die Ausgaben nur moderat stiegen. Die staatlichen Einnahmen legten im Vergleich zu den Ausgaben etwas schwächer zu, trotz gestiegener Sozialversicherungsbeiträge und eines höheren Steueraufkommens. Vor diesem Hintergrund verharrte die Defizitquote auf ihrem Vorjahreswert von 2,7 %. Die Maastricht-Schuldenquote dürfte hingegen etwas gestiegen sein, von 62,5 % Ende 2024 auf etwa 63 % Ende 2025.

Schwacher Arbeitsmarkt

Am Arbeitsmarkt zeigten sich unterschiedliche Entwicklungen. Während es im öffentlichen Dienst sowie im Sozial- und Gesundheitswesen zu einem weiteren Beschäftigungsaufbau kam, ging die Beschäftigung in den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe und Unternehmensdienstleister merklich zurück. Auch wegen des voranschreitenden demografischen Wandels, dessen Folgen durch eine weiter zunehmende Erwerbsbeteiligung im Inland und eine anhaltende Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften nicht kompensiert werden konnten, kam der langjährige Anstieg der Erwerbstätigenzahl insgesamt zum Erliegen. Im Jahresdurchschnitt sank die Zahl der im Inland arbeitenden Erwerbstätigen minimal um 5.000 Menschen auf knapp 46,0 Millionen. Die anhaltende gesamtwirtschaftliche Flaute spiegelt sich auch in der Arbeitslosenzahl wider: sie nahm leicht zu von rund 2,8 Millionen im Vorjahr auf etwa 2,9 Millionen. Die Arbeitslosenquote stieg von 6,0 % auf 6,3 %.

Unveränderte Inflationsrate

Nach den kräftigen Preissteigerungen in den Jahren 2021 bis 2023 hat sich die Preisentwicklung im Jahr 2025 weiter stabilisiert. Im Jahresdurchschnitt legte der Verbraucherpreisindex um 2,2 % zu und damit im gleichen Maße wie 2024. Innerhalb des Jahres schwankte die Inflationsrate leicht um diesen Wert, wobei mit 2,4 % im September und 1,8 % im Dezember die höchsten und niedrigsten Monatsraten in der zweiten Jahreshälfte erreicht wurden. Auf Jahressicht blieben die Dienstleistungspreise mit einem Anstieg um 3,5 % der stärkste Treiber der Gesamtteuerung (2024: +3,8 %). Unter anderem für Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (+8,7 %), Wartungen und Reparaturen von Fahrzeugen (+5,5 %) sowie Gaststättendienstleistungen (+4,0 %) mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher spürbar mehr Geld aufwenden. Waren verteuerten sich demgegenüber um weniger deutliche 1,0 % (wie bereits 2024). Hier wirkten sich die Preisentwicklungen bei Nahrungsmitteln (+2,0 % nach +1,4 % im Vorjahr) und insbesondere bei Energie (-2,4 % nach -3,2 %) dämpfend auf die Gesamtrate aus.

Weniger Wertschöpfung im Baugewerbe

Im Baugewerbe sank die preisbereinigte Bruttowertschöpfung bereits das fünfte Jahr in Folge. Sie verringerte sich im Jahr 2025 um 2,9 % und lag damit nahezu ein Viertel unter dem Stand zu Beginn der 2020er Jahre. Allerdings waren innerhalb des Wirtschaftsbereichs verschiedene Tendenzen zu verzeichnen. Dies verdeutlichen auch die amtlichen Umsatzdaten für das Bauhaupt- und das Ausbaugewerbe, die jedoch nicht preisbereinigt, sondern lediglich in jeweiligen Preisen verfügbar sind. Belastet durch hohe Baupreise und Unsicherheiten ist der baugewerbliche Umsatz im Wohnungsbau in den ersten drei Quartalen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,7 % gesunken, was aber weniger stark war als im Jahr 2024 (-10,3 %). Im Ausbaugewerbe (+1,5 %) verlief die Entwicklung des baugewerblichen Umsatzes angesichts der verhaltenen Wohnungsbaugeschäfte ebenfalls kraftlos. Im Wirtschaftsbau (+6,5 %) und im Öffentlichen Bau (+6,9 %) waren hingegen begünstigt durch bereits laufenden Infrastrukturprojekte deutlichere Umsatzanstiege zu verzeichnen. Die Zahl der Erwerbstätigen fiel im gesamten Baugewerbe um 0,8 % auf knapp 2,6 Mio. Menschen, nachdem sie bereits im Vorjahr um 1,3 % zurückgegangen war.

Handwerkskonjunktur tritt auf der Stelle

Auch im Handwerk hat sich die Hoffnung auf eine durchgreifende Belebung nicht erfüllt. Die Umsatzentwicklung dürfte sich jedoch stabilisiert haben. Darauf lassen zumindest die bislang verfügbaren Umsatzdaten der amtlichen Handwerksberichterstattung schließen, die ebenfalls nur in jeweiligen Preisen vorliegen. Demnach übertraf der über alle Gewerbebezüge hinweg ermittelte Umsatz in den ersten drei Quartalen den entsprechenden Vorjahreszeitraum um 0,8 %, nachdem er im Gesamtjahr 2024 noch um 1,0 % gesunken war. Treiber des leichten Umsatzzuwachses waren die konsumnahen Gewerke, allen voran das Gesundheitsgewerbe (+4,3 %) und die Handwerke für den privaten Bedarf (+1,8 %). In den meisten produktionsnahen Gewerken blieb die Umsatzentwicklung demgegenüber zurück. Vor dem Hintergrund der rückläufigen Industrieproduktion und der noch nicht gefestigten Baukonjunktur, die sich auch in der anhaltenden Nachfrageschwäche im wichtigen Bereich der energetischen Sanierung zeigt, bildeten die Handwerke für den gewerblichen Bedarf (+0,3 %) und das handwerkliche Ausbaugewerbe (-1,1 %) das Schlusslicht.

Dienstleistungssektor bleibt zentrale Konjunkturstütze

Der Dienstleistungssektor blieb 2025 die zentrale Stütze der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Sektors legte erneut zu, obgleich das Wachstum mit 0,6 % leicht schwächer ausfiel als 2024 (+0,8 %). Innerhalb des Sektors zeigte sich erneut ein gemischtes Bild. Wie bereits im Vorjahr wiesen die Bereiche Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit (+1,5 %) sowie Information und Kommunikation (+1,4 %) ein überdurchschnittliches Wachstum auf. Begünstigt wurde dieses Wachstum durch die weiter zunehmenden Bedarfe nach Gesundheits- und Pflegeleistungen sowie durch den allgemeinen Digitalisierungstrend. Darüber hinaus legte die Wertschöpfung im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe (+1,3 %) beachtlich zu, vor allem wegen der besseren Einzelhandelsgeschäfte. Im Vergleich dazu fiel der Zuwachs im Grundstücks- und Wohnungswesen (+0,5 %) angesichts der insgesamt verhaltenen Baukonjunktur schwächer aus. Die sonstigen Dienstleister etwa für Sport, Unterhaltung und Erholung (-0,3 %), die Unternehmensdienstleister (-0,8 %) sowie die Finanz- und Versicherungsdienstleister (-3,9 %) mussten sogar Wertschöpfungsrückgänge hinnehmen. Die Zahl der im gesamten Dienstleistungssektor arbeitenden Menschen legte erneut zu, im Vorjahresvergleich um 0,5 % auf gut 34,9 Mio. Personen.

Angespannte Lage in der Landwirtschaft

Die wirtschaftliche Lage in der Landwirtschaft hat sich etwas verbessert, blieb aber in der Gesamtschau angespannt. Nach Angaben des Deutschen Bauernverbands erzielten die Haupterwerbsbetriebe im Wirtschaftsjahr 2024/25 im Mittel ein Unternehmensergebnis von rund 78.500 EUR. Das Ergebnis lag damit zwar leicht über dem Ergebnis des Vorjahres (etwa 78.200 EUR), aber noch immer deutlich unter dem im Wirtschaftsjahr 2022/23 (rund 110.200 EUR) erlangten Gewinn. Einzig die Rinder- und Milchviehhalter verzeichneten ein Ergebnisplus. Nahezu alle anderen Betriebsformen mussten hingegen Gewinneinbußen hinnehmen, unter anderem wegen rückläufiger Erzeugerpreise für Schweine, Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben. Aufgrund der allgemeinen Ertragsschwäche und der hohen Unsicherheiten sahen sich viele Betriebe veranlasst, Zukunftsinvestitionen zurückzustellen. Auch im gesamten Agrarsektor, zu dem neben der Landwirtschaft auch die Forstwirtschaft und die Fischerei zählen, hat sich die Situation nur geringfügig verbessert. Die Bruttowertschöpfung des Sektors ist im Jahr 2025 leicht um 0,5 % gestiegen, nachdem sie 2023 (-12,0 %) und 2024 (-0,2 %) noch gesunken war. Die Erwerbstätigenzahl des Agrarsektors ging abermals zurück. Sie sank um 0,5 % auf 562.000 Menschen.

Positive Entwicklung der Finanzmärkte trotz politischer Unsicherheiten und erhöhter Volatilität

Die politischen Unsicherheiten blieben auch im Jahr 2025 erhöht und erreichten sogar neue Höchststände. Ein wesentlicher Beitrag dazu lag bei der seit Jahresanfang 2025 regierenden US-Administration, die unter anderem durch umfassende Zollandrohungen und -erhebungen gegenüber vielen Handelspartnern für weltweite Verunsicherung sorgte. Auch der weiterhin andauernde Krieg in der Ukraine und die Eskalation des Nahostkonflikts trugen dazu bei. In Frankreich sorgten erneut wackelige Mehrheitsverhältnisse und gescheiterte Regierungen für politische Instabilität. Die neue Bundesregierung in Deutschland und die Ankündigung umfassender Fiskalausgaben wurden an den Finanzmärkten aufgrund positiverer Wachstumsaussichten positiv aufgenommen. Die weiteren Zinssenkungen der Notenbanken und anhaltende Hoffnungen auf Produktivitätseffekte durch Künstliche Intelligenz (KI) sorgten zusätzlich für Kursanstiege. Gleichwohl war die Nervosität der Finanzmarktakteure spürbar. Äußerungen der neuen US-Regierung führten regelmäßig zu hoher Volatilität an den Finanzmärkten. Auch die Ankündigung des chinesischen KI-Startups DeepSeek, deutlich kostengünstiger und effizienter als amerikanische KI-Modelle vergleichbare Ergebnisse liefern zu können, sorgte für drastische Marktbewegungen und führte beim amerikanischen Chiphersteller Nvidia zu einem Rückgang des Börsenwerts um knapp 600 Milliarden US-Dollar innerhalb eines Tages – dem bislang größten Verlust eines Unternehmens an einem Tag.

Fortsetzung der geldpolitischen Lockerung

Der Zinssenkungszyklus, der in den meisten großen Volkswirtschaften im Jahr 2024 begann, setzte sich 2025 weiter fort. Die Europäische Zentralbank (EZB) senkte in der ersten Jahreshälfte die Zinsen weiter und wechselte anschließend in einen Haltemodus. Auf der anderen Seite des Atlantiks wartete die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) mit weiteren Zinsschritten bis in die zweite Jahreshälfte. Auch die Notenbanken in Kanada und im Vereinigten Königreich senkten im vergangenen Jahr ihre Leitzinsen. Hervorzuheben ist unter den großen Notenbanken die japanische Zentralbank, die angesichts einer sich weiter beschleunigenden Inflation sogar die Zinsen erhöhte – allerdings ausgehend von einem international vergleichsweise niedrigen Niveau.

Geldpolitik steht vor verschiedenen Herausforderungen

Grundlage der fortgesetzten geldpolitischen Lockerung ist ein ausgeglichenerer Inflationsausblick. Im Euroraum lag die Inflationsrate bereits im Jahresverlauf 2025 in etwa auf Zielniveau, mit einer Jahresrate von 2,1 %. Die für die Geldpolitik relevantere Kerninflationsrate, also die um die schwankungsanfälligen Energie- und Nahrungsmittelpreise bereinigte Teuerung, erwies sich weiterhin als hartnäckig. Im Jahresverlauf 2025 lag diese, getrieben von weiterhin erhöhten Preissteigerungen im Dienstleistungsbereich, bei 2,4 %. Trotz des weiterhin betonten datengetriebenen „Meeting-by-Meeting“-Ansatzes spielten im vergangenen Jahr auch die Projektionen der EZB zur Inflationsentwicklung im Euroraum wieder eine größere Rolle. Im Dezember 2025 erwartete das Eurosystem eine Teuerungsrate von 1,9 % für das Jahr 2026, gefolgt von 1,8 % und 2,0 % in den beiden Folgejahren. Die Kerninflation dürfte nach den jüngsten Projektionen im Jahr 2026 bei 2,2 % liegen und sich anschließend auf dem 2,0 %-Niveau einpendeln. Damit dürfte das symmetrische Inflationsziel von mittelfristig 2 % in etwa erreicht werden.

In den USA erwies sich die Inflation als hartnäckiger. Die von der Fed besonders beachtete Personal Consumption Expenditure (PCE)-Rate bewegte sich im Jahresverlauf fast seitwärts und lag im Dezember 2025 bei 2,9 %. Die Kerninflation lag zum Jahresschluss bei 3,0 %. Im Vergleich zu den Januarwerten von 2,6 % (PCE) beziehungsweise 2,8 % (PCE-Kerninflation) ist somit keine Verbesserung eingetreten und die Inflation befand sich weiterhin deutlich oberhalb des Inflationsziels. Entsprechend agierte die Fed vorsichtiger. Die für das duale Mandat gleichermaßen entscheidende Entwicklung am Arbeitsmarkt zeigte im Jahresverlauf leichte Schwächeanzeichen, was die Fed schließlich zu Zinssenkungen veranlasste.

USA: Fed sieht sich politischen Angriffen ausgesetzt

Die US-Notenbank hat im Jahr 2025 ihre geldpolitische Lockerung trotz eines Inflationsniveaus oberhalb des Inflationsziels fortgesetzt. Neben weiteren Zinssenkungen zählte hierzu auch die Ankündigung, die quantitative Straffung (Quantitative Tightening, QT) im Dezember 2025 einzustellen. Damit ist der Abbau von Beständen an Wertpapieren in der Fed-Bilanz aus früheren Ankaufprogrammen gemeint. Der Leitzins in den USA lag zu Jahresbeginn 2025 in einem Korridor von 4,25 % bis 4,5 %. Nach drei Zinssenkungen um jeweils 25 Basispunkte in der zweiten Jahreshälfte 2025 lag der Leitzins zum Jahresende in einem Korridor von 3,5 % bis 3,75 %. Anders als die EZB mit dem primären Mandat Preisstabilität verfolgt die Fed ein duales Mandat mit Preisstabilität und Vollbeschäftigung als Zielgrößen. In ihren Begründungen für die geldpolitische Lockerung verwies die Fed auf Schwächen am Arbeitsmarkt, die unter Risikoabwägungen hinsichtlich der beiden Zielgrößen trotz weiterhin erhöhter Inflation geldpolitische Lockerungsschritte angemessen erscheinen ließen.

Für Verunsicherung sorgten die zunehmenden Angriffe der US-Regierung auf die unabhängige Notenbank. Die US-Administration forderte offen deutliche Zinsschritte und versuchte, durch Neubesetzungen sowie juristische Schritte gegen Mitglieder des geldpolitischen Entscheidungsgremiums Einfluss auf die Geldpolitik zu nehmen. Während es der Fed bislang gelang, sich diesen Angriffen zu widersetzen, droht bei einer Schwächung der Institution und Zweifeln an der Unabhängigkeit der Geldpolitik eine Beeinträchtigung der geldpolitischen Transmission, eine weiter zunehmenden Inflationsrate und höhere langfristige Zinsen.

Europa: EZB im neutralen Bereich angekommen

Auch die EZB setzte ihre geldpolitische Lockerung fort, allerdings - anders als die Fed - in der ersten Jahreshälfte. Nachdem die erste Zinssenkung im laufenden Zyklus im Juni 2024 erfolgte, startete die EZB das Jahr 2025 mit einem Zinsniveau für die geldpolitisch relevante Einlagefazilität von 3,0 %. Der Zins für die Hauptrefinanzierungsfazilität lag entsprechend bei 3,15 %, der für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,4 %. Nach Zinssenkungen im Februar, März, April und Juni um insgesamt 100 Basispunkte beließ der EZB-Rat die Zinsen bis Jahresende auf einem Niveau von 2,0 % (Einlagefazilität), 2,15 % (Hauptrefinanzierungsfazilität) bzw. 2,4 % (Spitzenrefinanzierungsfazilität). Damit lag der Zins für die Einlagefazilität im von der EZB als geldpolitisch neutral angesehenen Bereich von 1,75 % bis 2,25 %.

Die Inflationsrisiken schienen sich zuletzt relativ die Waage zu halten: Abwärtsrisiken bestanden etwa durch Rückgänge bei Energiepreisen, eine Aufwertung des Euro, Umlenkungen insbesondere chinesischer Waren durch Handelsbeschränkungen oder eine schwächere konjunkturelle Entwicklung. Aufwärtsrisiken hingegen bestanden durch die Ausweitung der Fiskalausgaben im Euroraum sowie bestehende Kapazitätsengpässe oder geo- und handelspolitische Friktionen, die etwa zu Lieferengpässen oder Restrukturierungen von Lieferketten führen könnten.

Abbau der Anleihebestände bei der EZB wurde fortgesetzt

Neben den Zinssenkungen wurde die bereits laufende Bilanznormalisierung durch den schrittweisen Abbau von Anleihebeständen aus dem Anleihekaufprogramm (APP) und dem pandemiebedingten Kaufprogramm (PEPP) fortgesetzt. Die Bestände der APP- und PEPP-Portfolios nahmen kontinuierlich ab, da fällige Anleihen nicht mehr reinvestiert wurden. Zum Jahresende belief sich der Bestand an Wertpapieren aus beiden Kaufprogrammen auf rund 3,7 Billionen EUR.

Anleihemärkte: Grundgesetzänderung sorgt für nachhaltige Renditebewegung

Neben Inflations- und Zinserwartungen sowie der Geldpolitik wirkten im Jahr 2025 vor allem auch politische Ereignisse auf die Anleihekurse. Im Februar sorgten die Neuwahlen in Deutschland und die Ankündigung eines umfassenden fiskalischen Ausgabenpakets für Verteidigung, Infrastruktur und Klima für einen deutlichen Anstieg der zehnjährigen Bundrenditen um etwa 30 Basispunkte. Damit verbunden waren erwartete positive Wachstumsimpulse, die zu höheren langfristigen Realzinsen führten. Der Anstieg führte auch in weiteren Ländern des Euroraums zu Renditeanstiegen, sodass die Zinsaufschläge zunächst weitgehend unverändert blieben. Die Zinssenkungen der EZB am kurzen Laufzeitende sorgten für einen steileren, positiven Verlauf der Zinsstrukturkurve. Die zehnjährige Bundrendite startete bei 2,36 % ins Jahr und stieg mit der Ankündigung des Fiskalpakets bezogen auf Schlusskurse kurzzeitig auf knapp 3 %, bevor sie sich nach einem Rückgang im Bereich von etwa 2,7 % einpendelte. Zum Jahresende folgte ein kleiner Anstieg und die Renditen lagen zum Jahresschluss bei 2,85 %. Die Zinsaufschläge zu zehnjährigen Bundesanleihen für französische Papiere lagen durch die politisch instabile Lage in Frankreich im Bereich von etwa 70 bis 80 Basispunkten. Damit lagen sie zum Jahresende seit Längerem erstmals wieder höher als die für italienische Papiere, die zum Jahresultimo bei etwa 65 Basispunkten lagen.

Langlaufende Anleihen bleiben trotz geldpolitischer Lockerungen hoch

In den USA starteten die zehnjährigen US-Anleihen mit einer Rendite von 4,57 % ins Jahr 2025 und erreichten bereits im Januar mit 4,79 % den höchsten Stand des Jahres auf Schlusskursbasis. In der zweiten Jahreshälfte setzte zusammen mit den Zinssenkungen der Fed eine leichte Abwärtsbewegung ein. Zum Jahresende notierten die zehnjährigen Papiere bei 4,16 %. Im Vereinigten Königreich blieben die Renditen auf Jahressicht nahezu unverändert. Zu Jahresbeginn lagen sie wie ihre amerikanischen Pendant für zehnjährige Titel bei 4,57 %. Zum Jahresende notierten sie mit 4,47 % nur leicht darunter. Unsicherheiten über fiskalische Spielräume sorgten im Vereinigten Königreich für Zinsaufschläge.

Renditestruktur am Anleihemarkt bleibt aufwärtsgerichtet

Die Zinsstrukturkurve verlief – gemessen an der Renditedifferenz von Anleihen mit Restlaufzeiten von zehn und zwei Jahren – für deutsche und amerikanische Anleihen weiterhin normal steigend. Im Jahresverlauf hat sich der Renditeabstand weiter vergrößert und lag für deutsche und amerikanische Anleihen zum Jahresende bei etwa 70 Basispunkten. Auch am noch längeren Ende der Zinsstruktur kam es zu einer Ausweitung der Renditeaufschläge: so notierten 30-jährige Papiere in Deutschland gut 60 Basispunkte über zehnjährigen, in den USA belief sich der Aufschlag auf knapp 70 Basispunkte. Eine spürbare Auswirkung auf die Zinsaufschläge hatte der sogenannte „Befreiungstag“ („Liberation Day“) in den USA am 2. April 2025, an dem der US-Präsident umfassende Importzölle gegen nahezu alle Handelspartner der USA verkündete und dadurch panische Reaktionen an den Finanzmärkten auslöste. Vor allem in den USA stiegen die Zinsaufschläge für länger laufende Titel daraufhin teils deutlich an.

Euro wertet gegenüber Handelspartnern deutlich auf

Die europäische Gemeinschaftswährung startete mit einem Kurs von 1,0355 US-Dollar in das Jahr 2025 und tendierte in den ersten Handelswochen eher seitwärts. Die Ankündigungen des deutschen Fiskalpakets im März 2025 und der amerikanische „Befreiungstag“ im April sorgten für eine nachhaltige Aufwertung des Euros. Bis Juli 2025 hielt die Aufwärtsbewegung an, bevor der Euro-US-Dollar-Wechselkurs in eine Seitwärtsbewegung überging, in der er mit leichten Schwankungen bis zum Jahresende verblieb. Zum Jahresabschluss kostete ein Euro 1,1745 US-Dollar. Die Stärke des Euros beschränkte sich dabei nicht auf den US-Dollar. Der effektive Wechselkurs des Euros gegenüber den 41 wichtigsten Handelspartnern erreichte im vergangenen Jahr ein Allzeithoch, nahe dem er das Handelsjahr beschloss. Verunsicherung über die eratische Politik in den USA sorgte für Abflüsse aus dem US-Dollar und eine Stärkung des Euros. Auch die veränderten Zinserwartungen sowie die Aussicht und Hoffnung auf weitere Zinssenkungen der Fed trugen zur US-Dollar-Abwertung bei. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und des gesamten Euroraums hat sich durch die effektive Aufwertung verschlechtert.

Edelmetalle profitieren in Zeiten hoher Unsicherheit als sicherer Hafen

Das Jahr 2025 war geprägt von geo- und handelspolitischen Unsicherheiten. Unsicherheitsindizes wie der viel beachtete Economic Policy Uncertainty Index erreichten in Deutschland und Europa neue Höchststände, in den USA den dritthöchsten Stand seit der globalen Finanzkrise 2008 sowie der Corona-Pandemie 2020. Diese Unsicherheit ging im vergangenen Jahr insbesondere von den USA und den politischen Ankündigungen sowie Entscheidungen der US-Regierung aus. Besonders profitieren konnten von dieser Unsicherheit und der damit verbundenen Schwächung des US-Dollars Edelmetalle wie Gold, Silber, Platin und Palladium, die neue Rekordstände erreichten. Der Goldpreis stieg auf Jahressicht um über 60 % und überschritt erstmals die Marke von 4.000 US-Dollar pro Feinunze. Zum Jahresschluss notierte Gold bei 4.324 US-Dollar. Noch stärker konnte der Silberpreis zulegen, der insgesamt um knapp 150 % stieg, gefolgt von Platin mit rund 120 % und Palladium mit über 70 %.

DAX beendet das Jahr nahe Allzeithoch

Das Jahr 2025 verlief für die Aktienmärkte erneut positiv. Viele wichtige Aktienindizes konnten neue Rekordstände erreichen. Angesichts der anhaltenden Krisenherde wie dem Krieg in der Ukraine oder dem Nahostkonflikt sowie der hohen Unsicherheit durch die Politik der US-Administration übertraf die positive Entwicklung dank Faktoren wie KI-Hoffnungen und expansiver Fiskalpolitik vielerorts erneut die Erwartungen. Der DAX startete mit 19.909 Punkten ins Jahr 2025 und bewegte sich bis zum amerikanischen „Befreiungstag“ in einer Aufwärtsbewegung. Der deutlichen Korrektur im April folgte eine ebenso deutliche Erholung auf über 24.000 Zähler im Mai. In der zweiten Jahreshälfte ging der DAX in eine Seitwärtsbewegung über und beendete das Jahr bei 24.490 Punkten.

„Befreiungstag“ sorgt für kurzfristige Turbulenzen

Die größten Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten im vergangenen Jahr wurden vermutlich durch den amerikanischen „Befreiungstag“ am 2. April 2025 ausgelöst. Der US-Präsident kündigte Zölle gegen eine Reihe von Ländern an, die mindestens 10 % auf Importe für alle Länder vorsahen und für einzelne Länder deutlich höher ausfielen. Bezogen auf Schlusskurse gaben in Europa und den USA die Aktienmärkte innerhalb weniger Tage um über 10 % nach. Die Renditen zehnjähriger US-Anleihen stiegen in den darauffolgenden Tagen in der Spitze um mehr als 25 Basispunkte, der Euro wertete um über 2,5 % auf und der Ölpreis fiel angesichts der Aussichten auf eine geringere globale Nachfrage innerhalb weniger Tage um rund 16 %. Zumindest vorübergehend schien das Vertrauen in den Status der US-Währung als sicherer Hafen beschädigt. Üblicherweise wertet der US-Dollar unter Finanzmarktstress auf und US-Anleihen gewinnen an Wert. Die heftige Reaktion der Finanzmärkte gilt aber auch als ein Grund, warum die US-Regierung zeitnah einlenkte und die Zölle nach einigen Tagen wieder aussetzte, um Verhandlungen mit den einzelnen Ländern einzuleiten. Die Ankündigung der Aussetzung der Zölle sorgte für eine deutliche Erholung an den Finanzmärkten mit Kursgewinnen.

Aktienmärkte beenden das Jahr 2025 mit deutlichem Plus und erhöhten Bewertungen

Den Turbulenzen rund um den „Befreiungstag“ folgte weltweit eine Aufwärtsbewegung. Bezogen auf die Schlusskurse erreichte der DAX am 9. Oktober 2025 mit 24.611 Punkten den höchsten Stand des Jahres und schloss das Jahr nur leicht darunter, mit einem Plus von 23,01 % im Jahresvergleich. Auch die europäischen Aktienmärkte beendeten das Jahr mit Gewinnen: der Euro Stoxx 50 stieg im Jahresverlauf um 18,29 %. Der französische CAC 40 verzeichnete ein Wachstum von 10,42 %, wobei hier die politischen Unsicherheiten um die angeschlagene Regierung belasteten. Der italienische FTSE MIB erzielte ein Plus von 31,47 %. Die amerikanischen Indizes entwickelten sich teilweise etwas schwächer als die europäischen: der S&P 500 Composite legte um 16,39 % zu, der Dow Jones Industrial Average stieg um 12,97 %. Der Nasdaq Composite erzielte hingegen, getrieben von KI-Hoffnungen und den großen Technologieunternehmen, einen Zuwachs von 20,36 %. Der britische FTSE 100 legte um 21,51 % zu, der japanische Nikkei 225 stieg um 26,18 %. Die hohen Kursgewinne führten zu erhöhten Bewertungen an den Aktienmärkten. Die Bewertung europäischer Aktien lag dabei über ihrem langfristigen Durchschnitt, während sich die Bewertung amerikanischer Aktien nahe ihrer historischen Höchststände bewegte.

Regionale Entwicklungen

Im Jahr 2025 entwickelte sich die wirtschaftliche Lage in Hessen sowie in den Landkreisen Vogelsberg, Marburg-Biedenkopf sowie Schwalm-Eder insgesamt verhalten. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Land Hessen war durch eine schwache konjunkturelle Dynamik geprägt. Nach Angaben des Hessischen Statistischen Landesamtes sank das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 um 0,2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Damit entsprach die Entwicklung im Wesentlichen dem bundesweiten Trend einer nur geringen wirtschaftlichen Dynamik.

Die Wirtschaftsstruktur der betrachteten Region ist überwiegend mittelständisch geprägt. Neben Industrie- und Produktionsunternehmen spielen das Handwerk, das Baugewerbe, die Landwirtschaft sowie unternehmensnahe Dienstleistungen eine bedeutende Rolle. Insbesondere im Landkreis Marburg-Biedenkopf weist die regionale Wirtschaft eine breite Branchenstruktur auf. Gleichwohl berichten viele kleine und mittlere Unternehmen weiterhin von steigenden Kostenbelastungen, insbesondere im Bereich Energie und Personal. Gleichzeitig bestehen weiterhin Unsicherheiten hinsichtlich der internationalen Nachfrageentwicklung, was sich insbesondere auf exportorientierte Unternehmen auswirkt.

Die Konjunkturumfragen der Industrie- und Handelskammern in Hessen zeigten für das Jahr 2025 eine weiterhin zurückhaltende Geschäftserwartung der Unternehmen. Der Geschäftsklimaindex bewegte sich weiterhin unterhalb der Wachstumsschwelle, was auf eine insgesamt vorsichtige Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung hinweist. Während sich Dienstleistungsbereiche vergleichsweise stabil entwickelten, blieb die industrielle Produktion vielerorts hinter den Erwartungen zurück.

Gleichzeitig wurden im Jahr 2025 weiterhin öffentliche Investitionen zur Stärkung der regionalen Infrastruktur umgesetzt. So stellte das Land Hessen über den Hessischen Investitionsfonds Mittel für kommunale Investitionsprojekte bereit. Derartige Maßnahmen tragen zur Verbesserung der infrastrukturellen Rahmenbedingungen bei und können mittel- bis langfristig positive Impulse für die regionale Wirtschaftsentwicklung setzen.

Insgesamt war die wirtschaftliche Entwicklung in den genannten Landkreisen im Jahr 2025 von einer verhaltenen konjunkturellen Lage geprägt. Die überwiegend mittelständisch strukturierte Wirtschaftslandschaft erwies sich dabei als vergleichsweise stabil, wenngleich die wirtschaftliche Dynamik aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen begrenzt blieb.

Geschäftsentwicklung der Genossenschaften

Im Jahr 2025 hatte sich die wirtschaftliche Stimmung zu Jahresbeginn zwar aufgehellt, befördert vor allem durch die erwarteten Ausgabensteigerungen der neu gewählten Bundesregierung für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz. Eine nachhaltige Konjunkturbelebung blieb jedoch erneut aus. Die Gemengelage aus hohen weltwirtschaftlichen Unsicherheiten - unter anderem verursacht durch die unberechenbare US-Handelspolitik und die anhaltenden inländischen Strukturprobleme, wie den Bürokratielasten und dem allgemeinen Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit - dämpfte die Konjunktur.

In diesem herausfordernden gesamtwirtschaftlichen Umfeld setzten die 646 Volksbanken und Raiffeisenbanken, PSD Banken, Sparda-Banken sowie die sonstigen Genossenschaftsbanken mit ihren über 30 Millionen Privat- und Firmenkunden ihren Wachstumskurs im Geschäftsjahr 2025 im Kredit- und Einlagengeschäft fort. Im Vergleich zum Vorjahr legte das Kreditgeschäft eine positivere Entwicklung hin.

Die bilanziellen Kundenforderungen nahmen im Geschäftsjahr 2025 um 30 Mrd. EUR auf 827 Mrd. EUR zu (+3,8 %) und übertrafen damit den bereits robusten Vorjahreszuwachs (+2,6 % im Jahr 2024). Treiber der Entwicklung waren insbesondere langfristige Finanzierungen. Auch das Einlagengeschäft der Genossenschaftsbanken verzeichnete ein solides Plus. Es erreichte zum Jahresende 925 Mrd. EUR (+3,7 %). Die addierte Bilanzsumme aller Genossenschaftsbanken erhöhte sich um 32 Mrd. EUR auf 1.240 Mrd. EUR (+2,7 %).

Kreditbestände steigen – getragen vom langfristigen Kundengeschäft

Das Kreditgeschäft der Volksbanken und Raiffeisenbanken hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr positiv entwickelt. Die Wachstumsrate des Vorjahres konnte 2025 trotz der weiter andauernden gesamtwirtschaftlichen Schwäche übertroffen werden.

Per Dezember 2025 nahmen die Kreditbestände der Genossenschaftsbanken an Nichtbanken um 30 Mrd. EUR (oder 3,8 %) auf 827 Mrd. EUR im Vergleich zum Vorjahr zu. Treiber des Kreditwachstums bei den Genossenschaftsbanken sind nach wie vor die langfristigen Forderungen, welche im Jahr 2025 im Vergleich zum Vorjahr um 31 Mrd. EUR oder 4,3 % auf 748 Mrd. EUR zulegten.

Die allgemeine Kreditnachfrage im kurzfristigen Bereich sank im Betrachtungszeitraum und war mit +0,9 % weniger dynamisch als im langfristigen Laufzeitband. Die kurzfristigen Forderungen pendeln sich bei einem Niveau von 37 Mrd. EUR ein. Im mittelfristigen Laufzeitband sanken die Kreditbestände um -3,2 % auf 42 Mrd. EUR.

Sichteinlagen treiben das Einlagengeschäft – Spareinlagen und Sparbriefe rückläufig

Die Kundeneinlagen der Genossenschaftsbanken legten im Jahr 2025 weiter zu und erreichten zum Jahresende 925 Mrd. EUR, ein Anstieg um 33 Mrd. EUR oder +3,7 %. Damit setzte sich das robuste Einlagenwachstum bei den Genossenschaftsbanken fort.

Zulegen konnten vor allem die täglich fälligen Verbindlichkeiten, die einen kräftigen Anstieg um 35 Mrd. EUR oder 6,4 % auf 589 Mrd. EUR verzeichneten. Die hohe Liquiditätspräferenz der Kundinnen und Kunden spiegelte sich damit in einem spürbaren Ausbau der Sichteinlagen wider.

Die Umschichtung in höher verzinsten Termineinlagen fiel im Jahr 2025 deutlich verhaltener aus als im Vorjahr. Die Bestände an Termineinlagen erhöhten sich nur leicht auf 184 Mrd. EUR (+0,8 %). Während kurzfristige Zinsvorteile im Jahr 2024 zu einem außergewöhnlich starken Anstieg der Termineinlagen geführt hatten, ließ dieser Effekt im Berichtsjahr 2025 nach, unter anderem bedingt durch die geldpolitischen Rahmenbedingungen im Euroraum.

Das Volumen an Sparbriefen ging im Jahr 2025 zurück. Ihr Bestand verringerte sich um 6,2 % auf 25 Mrd. EUR. Auch die Spareinlagen verzeichneten einen weiteren, jedoch abgeschwächten Rückgang. Sie sanken auf 127 Mrd. EUR (-1,4 %). Die geringere Verzinsung klassischer Spareinlagen und die Präferenz für liquide oder festverzinsliche Alternativen trugen zu dieser Entwicklung bei.

Insgesamt haben sich die Genossenschaftsbanken im Einlagengeschäft auch 2025 gut behauptet. Das Wachstum bei den täglich fälligen Einlagen kompensierte die Rückgänge in den übrigen Segmenten deutlich. Die Einlagenstruktur spiegelt damit weiterhin eine ausgeprägte Liquiditätspräferenz der Kundinnen und Kunden wider, während die Nachfrage nach Einlageformen mit längeren Bindungsfristen aufgrund des gesunkenen Zinsniveaus zurückging.

Eigenkapital

Die Genossenschaftsbanken haben im Jahr 2025 ihre verlässliche Eigenkapitalbasis, die die unverzichtbare Grundlage einer soliden Geschäftspolitik widerspiegelt, weiter gestärkt. Das bilanzielle Eigenkapital stieg um 2 Mrd. EUR oder 3,7 % auf 69 Mrd. EUR. Sowohl ein Anstieg der Rücklagen als auch die Erhöhung der Geschäftsguthaben (gezeichnetes Kapital) leisteten hierzu einen Beitrag. Die Rücklagen legten um 3,3 % auf 50 Mrd. EUR zu, die Geschäftsguthaben wuchsen um 4,8 % auf 19 Mrd. EUR.

Die robuste Eigenkapitalausstattung stellt sicher, dass die Genossenschaftsbanken auch künftig in der Lage sind, die Kreditwünsche ihrer Privat- und Firmenkunden umfassend zu bedienen, insbesondere in Hinblick auf wichtige Investitionsbereiche wie Wohnungsbau, energetische Sanierungen sowie Digitalisierung. Angesichts der anhaltenden konjunkturellen Unsicherheiten bleibt die stabile Eigenkapitalbasis ein zentraler Pfeiler für die Widerstandsfähigkeit der Genossenschaftsbanken.

Bilanzsumme

Die (aggregierte/addierte) Bilanzsumme aller 646 Genossenschaftsbanken stieg um 2,7 % oder 32 Mrd. EUR auf 1.240 Mrd. EUR an. Die durchschnittliche Bilanzsumme je Institut liegt aktuell bei 1,9 Mrd. EUR. Die Spannweite bei den Bilanzsummen reicht unter den Genossenschaftsbanken von 37 Mio. EUR für die kleinste bis 52 Mrd. EUR für die größte Bank.

646 Genossenschaftsbanken

Der Konsolidierungsprozess unter den Instituten setzte sich gegenüber dem Vorjahr in einem ähnlichen Umfang fort. Die Zahl der selbständigen Genossenschaftsbanken lag per Ende 2025 bei 646 Instituten. Sie sank fusionsbedingt um 26 Institute bzw. um -3,9 % im Vergleich zum Vorjahr. 47 Banken betrieben neben dem Bankgeschäft auch das Warengeschäft (Vorjahr: 49 Institute).

Mitgliederzahl

Aktuell beträgt die Zahl der Mitglieder der Genossenschaftsbanken 17,5 Millionen (Vorjahr 17,6 Millionen, Netto-Rückgang von gut -101.000 Mitgliedern, -0,6 %).

2. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Über unsere strategische Eckwert- und Kapitalplanung planen und steuern wir die Entwicklung unseres Institutes auf Grundlage von Kennzahlen und Limiten. Dabei verwenden wir die folgenden bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren, die sich auch aus unserer Geschäfts- und Risikostrategie ableiten lassen und die wir mithilfe unseres internen Berichtswesens regelmäßig überwachen:

- Betriebsergebnis vor Bewertung
- CIR
- Kapitalquoten
- Liquiditätsquoten

Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Rentabilität der Bank wird die Relation des Betriebsergebnisses vor Bewertung zur durchschnittlichen Bilanzsumme (nachfolgend: "BE vor Bewertung/dBS") festgelegt. Die Kennzahl BE vor Bewertung/dBS misst die Ertragskraft der Bank in Relation zum Geschäftsvolumen, gemessen als durchschnittliche Bilanzsumme. Hierbei berücksichtigen wir aufgrund unserer besonderen Geschäftsstruktur im Hinblick auf das refinanzierte Eigengeschäft eine um dieses Volumen (rd. 695 Mio. EUR) gekürzte Bilanzsumme, um aussagekräftige Vergleichsergebnisse zu erlangen.

Als Leistungsindikator für die Wirtschaftlichkeit/Effizienz oder Produktivität unseres Instituts wurde die Cost Income Ratio (nachfolgend: "CIR") bestimmt. Sie stellt das Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen zum Zins- und Provisionsergebnis sowie dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen dar.

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bank durch nachhaltiges Wachstum werden im Kontext steigender Kapitalanforderungen angemessene Eigenmittel benötigt. Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Kapitalausstattung dient die harte Kernkapitalquote nach Art. 92 Abs. 2 CRR.

Als einen weiteren Leistungsindikator haben wir Liquiditätsquoten definiert. Neben der LCR (liquidity coverage ratio) zur Bewertung des kurzfristigen Liquiditätsrisikos betrachten wir ebenso die NSFR (net stable funding ratio), die der Optimierung der strukturellen Liquidität dienen soll, wobei ein Zeithorizont von einem Jahr betrachtet wird.

Die Darstellung, Analyse und Beurteilung der einzelnen finanziellen Leistungsindikatoren erfolgt in den nächsten Abschnitten.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren haben wir intern definiert, betrachten diese aber im Hinblick auf die Steuerung der Bank als nicht bedeutsame Leistungsindikatoren.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

Hinweis: Wir haben den Bericht IT-gestützt erstellt. Insbesondere bei der tabellarischen Darstellung von aggregierten Zahlen (in TEUR) kann es zu marginalen, rundungsinduzierten Unplausibilitäten kommen, da den berechneten Werten jeweils centgenaue, ungerundete Daten zugrunde liegen.

Bei den nachfolgenden Darstellungen handelt es sich bei den Vorjahreszahlen auch um zusammengefasste Daten der Bank und der durch Verschmelzung übernommenen Volksbank Lauterbach-Schlitz eG.

Geprägt war das Geschäftsjahr der Bank durch die Fusion der VR Bank HessenLand eG mit der Volksbank Lauterbach-Schlitz eG zur VR VerbundBank eG.

Die Entwicklung der von uns definierten bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2025 stellt sich wie folgt dar:

Unser Betriebsergebnis vor Bewertung verringerte sich von 27,6 Mio. EUR auf 23,7 Mio. EUR (Planwert 24,2 Mio. EUR). Gegenüber dem Planwert ist eine Verminderung um rund 0,5 Mio. EUR eingetreten. Die Rentabilitätskennzahl Betriebsergebnis vor Bewertung im Verhältnis zu unserer durchschnittlichen um die bewusst aufgenommene Refinanzierung gekürzte Bilanzsumme betrug 0,94 % (Vorjahr 1,11 %, Planwert 0,94 %). Die CIR lag im Geschäftsjahr 2025 bei 65,9 % (Vorjahr 61,4 %, Planwert 65,8 %). Die Gesamtkapitalquote bzw. die Kernkapitalquote beliefen sich inklusive bereits angerechneter Thesaurierung des Jahresabschlusses 2025 auf 18,6 % bzw. 17,2 % (Planwerte 16,4 % bzw. 15,0 %). Die wesentlich positive Abweichung gegenüber dem Planwert ist auf einen konservativen Planungsansatz hinsichtlich der RWA-Erhöhung im Rahmen der neuen CRR III Anforderungen zurückzuführen. Die Liquiditätsquote LCR belief sich auf 293 % (Vorjahr 263 %, interner Mindestwert 150 %). Die Liquiditätsquote NSFR belief sich auf 119 % (Vorjahr 117 %, interner Mindestwert 110 %).

Eine detaillierte Analyse der Abweichungen finden sich in den nachfolgenden Abschnitten.

Durch den Zusammenschluss beider Häuser waren Einmalaufwendungen zu berücksichtigen, die das Jahresergebnis vermindert haben. Vor dem Hintergrund der volatilen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen liegt dem Jahresabschluss darüber hinaus eine konservative Bewertung zugrunde, die stabilisierend auf die zukünftige Ertragslage wirken soll. Daher zeigt sich die Entwicklung der bedeutsamsten Leistungsindikatoren hinsichtlich der Ertragslage unterhalb unserer Prognosen. Im Hinblick auf die Liquiditätslage sowie der Eigenkapitalkennziffern wurden die Quoten im Rahmen unserer Prognosen eingehalten.

	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Bilanzsumme	3.226.878	3.213.140	13.738	0,4
Außerbilanzielle Geschäfte *)	1.261.766	1.399.488	-137.723	-9,8

*) Hierunter fallen die Posten unter dem Bilanzstrich 1 (Eventualverbindlichkeiten), 2 (Andere Verpflichtungen) und Derivatgeschäfte.

Im Jahr 2025 war ein Bilanzsummenanstieg von rund 14 Mio. EUR oder 0,4 % zu verzeichnen. Auf der Aktivseite zeigten sich Steigerungen bei der Barreserve sowie den Sachanlagen. Rückläufig entwickelten sich die Kundenforderungen, die Wertpapieranlagen sowie die Forderungen an Kreditinstitute. Auf der Passivseite entwickelten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden positiv. Rückläufig entwickelten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Die außerbilanziellen Geschäfte liegen rund 138 Mio. EUR oder 9,8 % unterhalb des Vorjahres. Das außerbilanzielle Volumen setzt sich aus rund 904 Mio. EUR Zinsderivaten, aus rund 244 Mio. EUR Eventualverbindlichkeiten (inkl. Kreditderivaten) sowie aus rund 114 Mio. EUR anderen Verpflichtungen zusammen. Insbesondere im Derivategeschäft wurden durch Steuerungsmaßnahmen im Zinsbereich Volumina von rund 117 Mio. EUR abgebaut.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Kundenforderungen	1.563.580	1.570.822	-7.242	-0,5
Wertpapieranlagen	1.161.533	1.179.631	-18.098	-1,5
Forderungen an Kreditinstitute	54.691	80.167	-25.476	-31,8
Barreserve	178.088	123.309	54.779	44,4
Sachanlagen	194.292	183.125	11.167	6,1

Bei den Kundenforderungen war ein Netto-Rückgang von rund 7 Mio. EUR oder 0,5 % zu verzeichnen, der sich insbesondere in fälligen Schuldscheindarlehen sowie in einem Auslauf von Konsortialkreditgeschäft in der Bauträgerbranche begründet. Die Entwicklung lag unterhalb unseres geplanten Kundenkreditwachstums von rund 3,0 %. Einem Brutto-Neugeschäft von rund 415 Mio. EUR standen geleistete Tilgungen von rund 422 Mio. EUR gegenüber.

Die größte Branche stellt mit einem Anteil von 9,5 % die Branche "Grundstücks- und Wohnungswesen" dar. Ausweitungen im Kreditportfolio ergaben sich im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie der erneuerbaren Energien.

In den Kundenforderungen sind 56 Mio. EUR Schuldscheindarlehen gegenüber Unternehmen enthalten.

Weitere Finanzierungen unserer Kunden, insbesondere in Form von Anschaffungsdarlehen, Finanzierungen der Bausparkasse oder der genossenschaftlichen Hypothekenbanken beziffern sich auf rund 271 Mio. EUR. Diese werden an unsere Kooperationspartner im genossenschaftlichen Finanzverbund vermittelt und sind in den Bilanzpositionen der Bank nicht erfasst.

Im Bereich der Wertpapieranlagen ist ein leichter Rückgang von rund 18 Mio. EUR oder 1,5 % zu verzeichnen. Das Neugeschäft konnte die Fälligkeiten nicht vollständig kompensieren.

Investitionen in Wertpapieranlagen werden bankseitig nur im Investmentgrade-Bereich getätigt.

Der Forderungsbestand an Kreditinstitute hat sich um rund 25 Mio. EUR oder 31,8 % vermindert, während sich die Barreserven, die auch Guthaben auf dem EZB-Konto beinhalten, um rund 55 Mio. EUR oder 44,4 % erhöht haben. Bestehende Passivüberhänge wurden auf das EZB-Konto überführt.

Die Sachanlagen sind um rund 11 Mio. EUR oder 6,1 % angestiegen. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf Investitionen in Renditeimmobilien zurückzuführen.

Passivgeschäft	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	488.696	546.206	-57.511	-10,5
Spareinlagen	290.049	289.181	868	0,3
andere Einlagen	2.013.362	1.952.506	60.856	3,1
verbriefte Verbindlichkeiten	54.060	56.739	-2.679	-4,7
Nachrangige Verbindlichkeiten	6.599	7.497	-898	-12,0

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich im Jahresvergleich um rund 58 Mio. EUR oder 10,5 % reduziert. Zum Jahresende beträgt der Wert aus dieser Position rund 489 Mio. EUR. Der Anteil im Verhältnis zur Bilanzsumme liegt bei rund 15 % und damit über den Durchschnittswerten anderer Genossenschaftsbanken mit einer Bilanzsumme zwischen 2,5 und 5,0 Mrd. EUR von rund 13 % (Vergleichsbasis: Genoverband e.V.).

Der Refinanzierungsbestand beinhaltet im Wesentlichen rund 172 Mio. EUR echte Pensionsgeschäfte. Zusätzlich bestehen rund 217 Mio. EUR Refinanzierungen für sogenannte zweckgebundene Kundenkredite. Die zusätzlichen Refinanzierungen tragen unter Berücksichtigung festgelegter Margenziele zu einer Stabilisierung der Ertragslage bei. Dem im externen Vergleich erhöhten Refinanzierungsbestand haben wir durch ein entsprechendes Liquiditätskonzept Rechnung getragen.

Die dargestellten bilanziellen Kundeneinlagen, einschließlich der Nachrangverbindlichkeiten und der einlagenähnlichen Inhaberschuldverschreibungen (verbriefte Verbindlichkeiten), haben sich im Vergleich zum Vorjahr in Summe positiv entwickelt. In dieser Position sind auch Termin-/Tagesgeldeinlagen von institutionellen Kunden enthalten, die wir intern unserem Refinanzierungsportfolio zurechnen und die daher außerhalb des originären Kundengeschäftes zu betrachten sind. Diese Termin-/Tagesgeldeinlagen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 57 Mio. EUR erhöht und weisen ein Volumen von rund 390 Mio. EUR aus. Ohne die dargestellten institutionellen Refinanzierungen bewegen wir uns bei den Einlagen auf Vorjahresniveau mit nur einem sehr geringen Wachstum von 1 Mio. EUR. Damit liegen wir unterhalb unseres Planwertes von 2 %, den wir im originären Kundengeschäft angesetzt hatten.

Weitere Vermögensanlagen unserer Kunden in Aktien, festverzinslichen Wertpapieren, Investmentfonds, geschlossenen Fonds sowie Bausparguthaben und Lebensversicherungen bezifferten sich auf 1.513 Mio. EUR. Diese sind in den Bilanzpositionen nicht erfasst, stellen jedoch im Rahmen der ganzheitlichen Vermögensberatung eine wesentliche Größe für die Kundenbindung dar. In der Summe erreichten die von uns verwalteten bzw. vermittelten Vermögenswerte (ohne Berücksichtigung der unserem Refinanzierungsportfolio zugeordneten institutionellen Kundeneinlagen) einen Wert von 3.487 Mio. EUR. Dies ist eine Steigerung um etwa 4,1 % gegenüber dem Vorjahr.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	5.911	5.468	443	8,1
Vermittlungserträge	2.870	3.118	-248	-7,9
Erträge aus Zahlungsverkehr	10.351	10.229	122	1,2

Die Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften konnten um rund 0,4 Mio. EUR oder 8,1 % gesteigert werden. Die Kunden verfolgen weiterhin Diversifikationsstrategien und nehmen verstärkt Wertpapierdienstleistungen in Anspruch. Begünstigt durch die positive Börsenlage im Jahr 2025 konnte der Absatz in diesem Bereich deutlich gesteigert werden.

Die übrigen Vermittlungen waren mit rund 0,2 Mio. EUR oder 7,9 % rückläufig. Insbesondere das Bauspargeschäft zeigte sich infolge der weiterhin schwachen Baukonjunktur und der weiterhin vorhandenen Inflationsrisiken vermindert.

Die Erträge aus dem Zahlungsverkehr haben sich um rund 0,1 Mio. EUR oder 1,2 % geringfügig verbessert.

Personal- und Sozialbereich

In 2025 waren durchschnittlich 332 Mitarbeiter in unserem Haus beschäftigt (exklusive Reinigungskräfte). Dazu kommt eine Anzahl von durchschnittlich 29 Auszubildenden aus verschiedenen Ausbildungsjahrgängen. Zur fachlichen Weiterbildung unserer Mitarbeiter und zum Training der persönlichen Kompetenz nutzen wir interne Weiterbildungsmaßnahmen, die Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen der genossenschaftlichen Bildungseinrichtungen und externe Anbieter. Im Jahr 2025 wurden insgesamt 0,5 Mio. EUR in die Aus- und Fortbildung unserer Mitarbeiter investiert. Einen besonderen Stellenwert nimmt die Ausbildung unserer Auszubildenden ein.

Die soziale Absicherung unserer Mitarbeiter unterstützen wir in Form einer betrieblichen Altersversorgung. Diese wird im Rahmen des Versorgungswerkes der genossenschaftlichen Banken erbracht. Die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung wurden an unser Verbundunternehmen R+V Versicherung ausgelagert. Die Leistungen an die Mitarbeiter bleiben davon unberührt.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Die VR Bank HessenLand eG ist mit der Volksbank Lauterbach-Schlitz eG zur VR VerbundBank eG verschmolzen. Die für die Verschmelzung notwendigen Beschlüsse wurden durch die Vertreterversammlung der VR Bank HessenLand eG am 12. Juni 2025 und die Vertreterversammlung der Volksbank Lauterbach-Schlitz eG am 28. Mai 2025 gefasst. Die Eintragung der Verschmelzung im Genossenschaftsregister erfolgte am 03. November 2025.

Die Vorbereitung, die überzeugenden Beschlüsse unserer Gremien sowie die operative Umsetzung der Verschmelzung haben das Geschäftsjahr 2025 maßgeblich geprägt. Die effiziente und schnelle Umsetzung der rechtlichen, organisatorischen und technischen Themen unterstreicht den Willen, den derzeitigen Herausforderungen zu begegnen und die gemeinsame Zukunft zu gestalten.

4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der wirtschaftlichen Lage

a) Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Genossenschaft haben sich im Vorjahresvergleich wie folgt entwickelt:

Erfolgskomponenten	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	42.833	42.877	-44	-0,1
Provisionsüberschuss ²⁾	18.515	18.384	130	0,7
Sonstige betriebliche Erträge	10.743	10.248	495	4,8
Verwaltungsaufwendungen	45.607	41.360	4.247	10,3
a) Personalaufwendungen	22.602	21.097	1.505	7,1
b) andere Verwaltungsaufwendungen	15.772	14.704	1.068	7,3
c) Abschreibungen	7.234	5.559	1.674	30,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.819	2.511	307	12,2
Betriebsergebnis vor Bewertung ³⁾	23.664	27.637	-3.973	-14,4
Bewertungsergebnis ⁴⁾	-2.636	139	-2.775	***.*
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	21.028	27.777	-6.748	-24,3
Steueraufwand	5.101	8.553	-3.452	-40,4
Einstellungen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken	11.000	14.800	-3.800	-25,7
Jahresüberschuss	4.928	4.424	504	11,4

¹⁾ GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2 zuzüglich GuV-Posten 3

²⁾ GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

³⁾ Saldo aus den GuV-Posten 1 bis 12

⁴⁾ Saldo aus den GuV-Posten 13 bis 16

Aufgrund unserer ausgeweiteten Bilanzsumme, begründet in der strategischen Positionierung zur Aufnahme zusätzlicher Refinanzierungsmittel mit gleichzeitiger Anlage in bonitätsstarken hochliquiden Eigenanlagenpositionen, ist unsere GuV-Spanne nicht mit Werten anderer Volksbanken und Raiffeisenbanken vergleichbar.

Unser Zinsüberschuss liegt weitgehend auf Vorjahresniveau. Als Planwert hatten wir einen Wert von 43,2 Mio. EUR angesetzt, den wir mit einem Betrag von rund 0,4 Mio. EUR unterschritten haben. Die Unterschreitung zum Planwert beruht auf dem Umstand, dass unter anderem auf geplante Ausschüttungen bei Kapitalanlagen und Beteiligungen verzichtet wurde, um die zukünftige Ertragslage zu stabilisieren.

Im aktivistischen Kundengeschäft haben wir unser geplantes Kreditwachstum aufgrund umfangreicher Tilgungen nicht erreicht. Obwohl sich unser bilanzielles Kreditvolumen leicht rückläufig zeigt, konnte im aktivistischen Kundengeschäft der Zinsertrag gesteigert werden. Hintergrund sind die neu abgeschlossenen Geschäfte auf einem im Vergleich zum Bestand erhöhten Zinsniveau. Bei den Wertpapieranlagen zeigt sich ein leicht vermindertes Volumen. Auch der Zinsertrag aus dem Wertpapiergeschäft ist rückläufig - insbesondere bei unseren abgeschlossenen Bewertungseinheiten führt der Rückgang der Geldmarktzinsen zu einem verminderten Ergebnisbeitrag.

Im passivischen Kundengeschäft besteht weiterhin ein intensiver Wettbewerb um Kundengelder, insbesondere mit Direktbanken sowie Neobrokern. Die von uns gesetzten bilanziellen Wachstumsziele haben wir nicht erreicht. Das Volumen zeigt sich auf Vorjahresniveau. Durch die Reduzierung der Geldmarktzinsen haben die Zinsaufwendungen eine Verminderung erfahren. Im institutionellen Refinanzierungsbereich spielen weiterhin die marktnah verzinsten Produkte der Termingeldaufnahmen institutioneller Kunden sowie Refinanzierungen über Repo-Geschäfte eine bedeutende Rolle.

Der Provisionsüberschuss liegt mit rund 0,1 Mio. EUR oder 0,7 % oberhalb des Vorjahreswertes sowie rund 0,6 Mio. EUR oberhalb des Planwertes von rund 17,9 Mio. EUR. Die Steigerungen sind im Wesentlichen auf das Wertpapiergeschäft sowie die Erträge aus dem Zahlungsverkehr zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit rund 0,5 Mio. EUR oder 4,8 % oberhalb des Vorjahreswertes sowie rund 1,0 Mio. EUR oberhalb des Planwertes von rund 9,7 Mio. EUR. Primär werden in dieser Position Erträge aus Immobilienvermietungen abgebildet, die im Jahr 2025 einen Wert von rund 8,8 Mio. EUR ausmachen.

Die dargestellten Verwaltungsaufwendungen liegen in Summe mit rund 4,2 Mio. EUR oder 10,3 % oberhalb des Vorjahreswertes.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich um rund 1,5 Mio. EUR oder 7,1 % und liegen weitgehend auf Planniveau von 22,5 Mio. EUR. Wesentlicher Grund für die deutliche Steigerung ist der seit April 2025 neu gültige Tarifvertrag mit einer Steigerung von 6,0 %.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um rund 1,1 Mio. EUR oder 7,3 % und liegen mit rund 0,2 Mio. EUR oberhalb des Planwertes von 15,6 Mio. EUR für das Jahr 2025. Hierbei wurden Einmal-aufwendungen für die Fusion von 1 Mio. EUR berücksichtigt, die im Nachgang bei rund 1,2 Mio. EUR lagen.

Erhöhungen in den anderen Verwaltungsaufwendungen zeigen sich im EDV-Aufwand (erhöhte Softwarekosten durch Neuanschaffungen / erhöhte Kosten bei unserem Rechenzentrum) sowie bei den Instandhaltungsaufwendungen (unter anderem Erneuerung Außenfassade Hauptstelle in Alsfeld). Verminderungen sind in den Beitragszahlungen an die Sicherungseinrichtungen sowie in den Auslagerungskosten durch Nutzung von Synergieeffekten infolge der Verschmelzung vorhanden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit rund 0,3 Mio. EUR oder 12,2 % oberhalb des Vorjahreswertes sowie rund 0,8 Mio. EUR oberhalb des Planwertes für 2025 von rund 2,0 Mio. EUR. Im Wesentlichen beinhalten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen Kostenbestandteile aus den Renditeimmobilien, die mit einem Wert von rund 1,6 Mio. EUR einen wesentlichen Anteil ausmachen.

Für das Jahr 2025 ergibt sich ein Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe von rund 23,7 Mio. EUR, welches mit rund 0,5 Mio. EUR unterhalb des Planwertes von 24,2 Mio. EUR liegt. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Rückgang um rund 4,0 Mio. EUR oder 14,4 %.

Das Bewertungsergebnis weist eine Ergebnisbelastung von rund 2,6 Mio. EUR aus, welches primär auf Bewertungskorrekturen im Kreditgeschäft entfällt.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit liegt mit rund 21,0 Mio. EUR rund 6,7 Mio. EUR oder 24,3 % unterhalb des Vorjahreswertes sowie rund 0,7 Mio. EUR oder 3,2 % oberhalb des Planwertes von 20,4 Mio. EUR.

Unter Berücksichtigung eines Steueraufwandes von rund 5,1 Mio. EUR sowie Einstellungen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken von 11,0 Mio. EUR (Planwert 8,8 Mio. EUR) wird ein Jahresüberschuss von rund 4,9 Mio. EUR (Planwert 4,0 Mio. EUR) ausgewiesen.

Die Aufwands-/Ertragsrelation beträgt 65,9 % und ist ungünstiger als geplant.

b) Finanzlage

Kapitalstruktur

Unsere Geschäfts- und Refinanzierungsstruktur ist maßgeblich geprägt durch das Kundengeschäft als Basis der Liquiditätsausstattung. Darüber hinaus nehmen wir vor dem Hintergrund der Ertragsausweitung bei gleichzeitiger Berücksichtigung unserer Risikotragfähigkeit bewusste Refinanzierungen auf, welche wir in Eigengeschäfte investieren. Diesem erhöhten Refinanzierungsbestand haben wir durch ein entsprechendes Liquiditätskonzept Rechnung getragen.

Die Refinanzierungsstruktur setzt sich zu rund 61 % der Bilanzsumme aus Kundenverbindlichkeiten (ohne Termingeldaufnahmen bei institutionellen Investoren) zusammen. Unsere Kundenklientel wird dominiert von einer großen Anzahl privater Kunden, zahlreicher kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) sowie Mittelstandsunternehmen. Diese einzelnen Geschäftsverbindungen sind als kleinteilig anzusehen. Darüber hinaus besteht ein Anteil von rund 12 % Verbindlichkeiten gegenüber institutionellen Kunden. Darüber hinaus bestehen Refinanzierungspositionen gegenüber Kreditinstituten.

Im Hinblick auf die Fristigkeit der Refinanzierungen achten wir vor dem Hintergrund der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern auf eine ausgewogene Streuung der Fälligkeiten. Die Refinanzierungen haben im Maximum grundsätzlich eine Laufzeit von rund 2 Jahren. In besonderen Marktphasen bzw. in Ausnahmefällen werden auch längere Laufzeiten der Refinanzierungsgeschäfte eingegangen. Durch eine Vielzahl an Refinanzierungsquellen (sowohl nach Art der Refinanzierung als auch nach Art des Kontrahenten) haben wir eine hohe Flexibilität in diesem Geschäftsbereich sichergestellt.

Außerbilanzielle Verpflichtungen bestehen mit einem Volumen von rund 114 Mio. EUR in Form unwiderruflicher Kreditzusagen gegenüber Kunden. Diese bewegen sich weitgehend auf Vorjahresniveau.

Des Weiteren besteht ein Volumen von rund 244 Mio. EUR als Eventualverbindlichkeiten, wovon wir für ein Volumen von rund 204 Mio. EUR als Sicherungsgeber im CDS-Bereich auftreten. Weitere 31 Mio. EUR beinhalten Verbindlichkeiten aus Bürgschaften. Die weiteren 9 Mio. EUR entfallen auf Garantieverpflichtungen aus Fondssparplänen im Kundengeschäft für das Produkt WunschSparenGarant.

Investitionen

Die im Geschäftsjahr vorgenommenen Investitionen in Sachanlagen konzentrierten sich schwerpunktmäßig auf die Herstellung und den Erwerb von Immobilien als Renditeobjekte im Rahmen unserer Strategie.

Im Bereich der Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten wird ein Bilanzwert von rund 186,8 Mio. EUR ausgewiesen. Im Jahr 2025 erfolgten Investitionen in Höhe von rund 18,2 Mio. EUR, wovon rund 17,4 Mio. EUR auf bankfremde Objekte (Erwerb bzw. Erstellung von Renditeimmobilien) entfallen. Bei dem bankfremden Bestand handelt es sich um insgesamt fünfzig Objekte. Hiervon befinden sich drei Objekte derzeit in Fertigstellung und zwei Objekte befinden sich in der Entwicklungsphase. Darüber hinaus befinden sich Vorratsgrundstücke im Bestand. Die restlichen Investitionskosten in Höhe von 0,8 Mio. EUR betreffen notwendige Ersatzinvestitionen bankeigener Objekte.

Zum Abschlussstichtag bestehen faktische Investitionsverpflichtungen in Höhe von rund 9,3 Mio. EUR.

Darüber hinaus erfolgten Investitionen in Büromaschinen/Büromöbel, in die EDV-Ausstattung sowie in die allgemeine Betriebs- und Geschäftsausstattung. Einen wesentlichen Anteil davon mit rund 0,2 Mio. EUR betreffen Investitionen in die EDV-Ausstattung.

Risiken, die mit diesen Investitionen einhergehen, werden in der Risikoinventur berücksichtigt. Dabei haben wir das Immobilienrisiko als wesentliche Risikoart identifiziert. Die sich ergebenden Risiken sind durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial vollständig abgedeckt.

Liquidität

Die Zahlungsfähigkeit unseres Instituts war im abgelaufenen Geschäftsjahr nach Art, Höhe und Fristigkeit gegeben.

Die Liquiditätskennzahl LCR haben wir jeweils oberhalb der von uns definierten Warngrenze von 150 % gehalten. Zum Bilanzstichtag lag die LCR bei 293 %.

Die Liquiditätskennzahl NSFR haben wir jeweils oberhalb der von uns definierten Warngrenze von 110 % gehalten. Zum Bilanzstichtag lag die NSFR bei 119 %.

Aufgrund unserer besonderen Bilanzstruktur kommt der Liquiditätssteuerung eine besondere Bedeutung zu. Durch die besondere Güte unseres Eigengeschäftsportfolios ist es möglich, Repo-Geschäfte mit entsprechender Sicherheitshinterlegung des Wertpapiere vorzunehmen. Bei Liquiditätsschwankungen können wir auf hochliquide Aktiva zurückgreifen. Zudem ist es möglich, weitere Refinanzierungsmittel im genossenschaftlichen Liquiditätsverbund aufzunehmen. Letztlich dienen auch die Refinanzierungsfazilitäten der EZB zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit als weitere Refinanzierungsmöglichkeiten.

Die Finanz- und Liquiditätslage ist geordnet. Durch unsere Refinanzierungsbasis in Form von Kundeneinlagen, der Einbettung in den genossenschaftlichen Finanzverbund sowie dem hohen Anteil EZB-fähiger Wertpapiere sehen wir das Liquiditätsrisiko im Hinblick auf die normative Sicht betriebswirtschaftlich als gering an. Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass auch im Planungszeitraum nicht mit einer Beeinträchtigung der Zahlungsfähigkeit zu rechnen ist.

Beeinträchtigungen hinsichtlich der Verfügbarkeit von Liquidität sind aufgrund von belasteten Wertpapieren, die als Sicherheit für Repo-Geschäfte dienen, denkbar.

c) Vermögenslage

Das bilanzielle Eigenkapital der Bank beträgt insgesamt 356,3 Mio. EUR. Es setzt sich im Wesentlichen aus dem Eigenkapital (Passivposten 12) in Höhe von rund 192,8 Mio. EUR, dem Fonds für allgemeine Bankrisiken (Passivposten 11) in Höhe von 157 Mio. EUR sowie Nachrangverbindlichkeiten (Passivposten 9) in Höhe von rund 6,6 Mio. EUR zusammen. Infolge überzeichneter Geschäftsanteile, die aus einer Herabsetzung der Geschäftsanteile von 60 EUR auf 50 EUR resultieren, kam es zu einem Rückgang des gezeichneten Kapitals um rund 5,2 Mio. EUR auf nunmehr 47,8 Mio. EUR. Die in unserem Institut getroffenen Vorkehrungen zur ordnungsgemäßen Ermittlung des Kernkapitals und des Ergänzungskapitals im Rahmen der bankaufsichtlichen Meldungen sind angemessen.

Nach den vertraglichen sowie satzungsmäßigen Regelungen erfüllen die angesetzten Kapitalinstrumente die Anforderungen der CRR zur Anrechnung als aufsichtsrechtlich anerkanntes Kern- und Ergänzungskapital. Die relevanten Vorgaben des KWG sowie der CRR wurden eingehalten.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG beläuft sich auf 0,15 %.

Das bilanzielle Eigenkapital sowie die Eigenmittelausstattung und Kapitalquoten stellen sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Eigenkapital laut Bilanz ¹⁾	356.349	348.488	7.861	2,3
Eigenmittel (Art. 72 CRR)	360.994	343.645	17.349	5,0
Harte Kernkapitalquote	16,5 %	16,8 %		
Kernkapitalquote	16,5 %	16,8 %		
Gesamtkapitalquote	18,0 %	18,1 %		

¹⁾ Hierzu rechnen die Passivposten 9 (Nachrangige Verbindlichkeiten), 11 (Fonds für allgemeine Bankrisiken) und 12 (Eigenkapital).

Angemessene Eigenmittel, auch als Bezugsgröße für eine Reihe von Aufsichtsnormen, bilden neben einer stets ausreichenden Liquidität die unverzichtbare Grundlage einer soliden Geschäftspolitik. Die vorgegebenen Anforderungen der VO (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der VO (EU) Nr. 646/2012 (Capital Requirements Regulation – CRR) und des Kreditwesengesetzes (KWG) wurden von uns im Geschäftsjahr 2025 gut, das bedeutet mit einem auskömmlichen Puffer, eingehalten.

Die Kern- und Gesamtkapitalquote stellen für uns aufsichtsrechtlich wesentliche Leistungsindikatoren dar. Unter Berücksichtigung der Zustimmung der Vertreterversammlung zur Gewinnverwendung sollen den gesetzlichen Rücklagen 1 Mio. EUR und den anderen Ergebnismrücklagen ebenfalls 1 Mio. EUR zugeführt werden.

Im Jahr 2025 erfolgte vor dem Hintergrund des Zusammenschlusses zur VR VerbundBank eG eine Harmonisierung der Höhe der Geschäftsanteile. Diese wurden für das Althaus VR Bank HessenLand eG von EUR 60 je Geschäftsanteil auf EUR 50 je Geschäftsanteil reduziert.

Unter Beachtung der bankseitigen Kapitalplanung werden die Vorschriften der CRR sowie die weiteren aktuellen bzw. geplanten aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen für die nächsten 5 Jahre deutlich eingehalten.

Kundenforderungen

Am Jahresende erreichten die Kundenforderungen ein Volumen von rund 1.564 Mio. EUR. Der relative Anteil der langfristigen Forderungen stellt weiterhin den größten Block dar. Der Anteil des gewerblichen Kreditgeschäftes beträgt etwa 52 %, der Anteil der Kommunalkredite beträgt etwa 2 %.

Die Eventualverbindlichkeiten belaufen sich auf rund 244 Mio. EUR. Davon entfallen rund 204 Mio. EUR auf CDS-Geschäfte. Das gesamte Kundenkreditvolumen, bestehend aus Kundenforderungen und Kundenavalen, beläuft sich damit auf rund 1.604 Mio. EUR.

Für die Kundenforderungen haben wir ein Strukturlimitsystem etabliert, anhand dessen wir branchen- und größenmäßige Konzentrationen begrenzen.

Die nicht einwandfreien Kreditverhältnisse unterliegen einer intensiven Betreuung und Überwachung.

Die durch die Vertreterversammlung festgesetzten Kredithöchstgrenzen für die einzelnen Kreditnehmer sowie sämtliche Kreditgrenzen des KWG und der CRR wurden während des gesamten Berichtszeitraumes eingehalten.

Die Forderungen an unsere Kunden haben wir auch zum Jahresende 2025 wieder mit besonderer Vorsicht bewertet. Die für erkennbare bzw. latente Risiken in angemessener Höhe gebildeten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen wurden von den entsprechenden Aktivposten abgesetzt. Für erkennbare Risiken bei den Eventualverbindlichkeiten wurden Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Die aus den Kundenforderungen resultierenden Adressenausfallrisiken sind durch das vorhandene Risiko- deckungspotenzial vollständig abgedeckt.

Darüber hinaus bestehen für latente Risiken aus Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen pauschale Rückstellungen gemäß IDW RS BFA 7.

Die Wertpapieranlagen der Genossenschaft entwickelten sich wie folgt:

Wertpapieranlagen	Berichtsjahr	2024	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anlagevermögen	515.430	608.458	-93.028	-15,3
Liquiditätsreserve	646.103	571.172	74.930	13,1

Im Geschäftsjahr 2025 kam es zu einem Netto-Rückgang der Wertpapieranlagen von rund 18,1 Mio. EUR oder 1,5 %. Die Struktur des Wertpapierbestandes wird zu rund 21 % durch kurzfristige Bankenrefinanzierungen und zu rund 34 % durch kurzfristige Termingelder institutioneller Investoren finanziert.

Von den Wertpapieranlagen entfällt ein Anteil von 94,1 % auf Schuldverschreibungen und festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 5) bzw. von 5,9 % auf Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 6).

Die im Bestand befindlichen Wertpapiere im Aktivposten 5 wurden zu rund 41 % dem Anlagevermögen zugeordnet und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Zu rund 59 % erfolgte die Zuordnung zur Liquiditätsreserve mit einer Bewertung nach dem strengen Niederstwertprinzip.

Im Anlagevermögen befinden sich Wertpapiere mit Nachrangklausel mit einem Buchwert von rund 14,6 Mio. EUR. Außerdem halten wir Schuldverschreibungen mit impliziten Credit Default Swaps (sog. Credit Linked Notes) im Umfang von 12 Mio. EUR im Bestand, die der Liquiditätsreserve zugeordnet sind.

Im Wertpapierbestand der Aktiva 5 sind zu 87 % festverzinsliche und zu 13 % variabel verzinsliche Wertpapiere (jeweils ohne Berücksichtigung der Zinsabgrenzung) von Emittenten guter Bonität (Investmentgrade-Bereich) enthalten. Alle Wertpapiere lauten auf EUR.

Die Bonität der Emittenten findet in unserem Investitionsprozess eine angemessene Bedeutung. Wir investieren dabei nur im Investmentgrade-Bereich. Rund 91 % der Kapitalanlagen sind mit einem Rating von AAA bis A ausgestattet.

Der Aktivposten 6 beinhaltet Anteile an einem Spezialfonds in Höhe von 60 Mio. EUR, welcher dem Anlagevermögen zugeordnet ist. Der Spezialfonds beinhaltet zum Jahresende immobilienorientierte Anlagen von rund 50 %, rentenorientierte Anlagen von rund 44 %, aktienorientierte Anlagen von rund 1 % sowie Liquiditätspositionen von rund 5 %.

Darüber hinaus besteht eine nicht-börsennotierte Aktienposition in Höhe von rund 8,6 Mio. EUR.

Zu den Finanzanlagen gehörende Finanzinstrumente, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden, bestehen in Form von Wertpapieren des Anlagevermögens mit einem Buchwert von rund 343 Mio. EUR. Abschreibungen auf diesen Teilbestand wurden in Höhe von rund 14 Mio. EUR vermieden.

Die aus den Wertpapieranlagen resultierenden Marktpreis- und Bonitätsrisiken sind durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial vollständig abgedeckt.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen bestehen insbesondere an Unternehmen im genossenschaftlichen Finanzverbund. Die Anteile an verbundenen Unternehmen (Tochterunternehmen) beinhalten neben verschiedenen Dienstleistern als wesentliche Gesellschaft die Raiffeisen Waren GmbH & Co. Betriebs KG Alsfeld-Kirchhain, Alsfeld.

Weitere wesentliche Aktiv- und Passivstrukturen

Weitere wesentliche Aktiv- und Passivpositionen, die eine Besonderheit gegenüber anderen Genossenschaftsbanken darstellen würden, bestehen in Form eines umfangreichen Zins- und Kreditderivatgeschäfts.

Derivatgeschäft

Derivatgeschäfte wurden zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos bzw. zur Zinsbuchsteuerung mit einem Nominalvolumen von 904 Mio. EUR abgeschlossen.

Zur Steuerung des strategischen Zinsbuches bestehen Festzinsempfängerswaps mit einem Nominalvolumen von 45 Mio. EUR sowie Festzinszahlerswaps mit einem Nominalvolumen von 240 Mio. EUR. Diese Volumina dienen der Annäherung an die Zielposition des Zinsbuch-Cashflows und damit grundlegend der Reduzierung des Zinsänderungsrisikos. Mögliche Wertveränderungen aus diesen Zinsswaps stehen im Einklang mit der Risikotragfähigkeit der Bank.

Darüber hinaus bestehen Festzinszahlerswaps über ein Nominalvolumen von insgesamt rund 580 Mio. EUR in Form von Micro-Hedges für Teile unserer refinanzierten Eigenanlagen sowie ein weiterer Micro-Hedge im Derivatebereich mit Grund- sowie Sicherungsgeschäft von jeweils 10 Mio. EUR.

Einzel zu bewertende Zinsderivate bestehen über ein Nominalvolumen von insgesamt rund 19 Mio. EUR.

Des Weiteren wurden Derivatgeschäfte zur Übernahme von Bonitätsrisiken abgeschlossen. Credit Default Swaps in Form von Sicherungsgeberpositionen zur Übernahme von Emittentenausfallrisiken im Eigenanlagenbereich bestehen mit einem Nominalvolumen in Höhe von 155 Mio. EUR und 58 Mio. USD. Auf Basis des zum Jahresende aktuellen Umrechnungskurses EUR/USD ergibt sich ein Gesamtwert von rund 204 Mio. EUR.

Der Bestand der CDS-Geschäfte gliedert sich mit einem Volumen von 98 % auf Staaten sowie mit einem Volumen von 2 % auf ein namhaftes Unternehmen mit jeweils besten Bonitäten. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten der im Bestand befindlichen CDS-Geschäfte betragen 0,01 % bis 0,04 %. Wir sehen in diesem Portfolio keine bedeutenden Risiken.

5. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Insgesamt beurteilen wir die Geschäftsentwicklung und die wirtschaftliche Lage unseres Hauses im Vergleich zur ursprünglichen Planung und unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen in Form des Verschmelzungsprozesses als zufriedenstellend.

Die Entwicklung des Kreditgeschäfts zeigte sich aufgrund umfangreicher Tilgungen rückläufig. Im Aktivbereich konnten wir den geplanten Wachstumswert von 3 % nicht erreichen. Auch im bilanzielle Passivbereich (ohne Berücksichtigung darin enthaltener institutioneller Anleger) konnten wir den Planwert von 2 % nicht erreichen. Dagegen verzeichnete das außerbilanzielle Kundeneinlagenvolumen mit 11,4 % ein starkes Wachstum.

Die Eigenkapitalbasis hat sich verbessert. Die Vermögenslage der Bank zeichnet sich unverändert durch eine deutlich über den Mindestanforderungen liegende Eigenkapitalausstattung mit einer Kern- und Ergänzungskapitalquote von 16,5 % und 18,0 % aus. Für erkennbare und latente Risiken in den Kundenforderungen bestehen ausreichende Einzelwertberichtigungen und -rückstellungen sowie Vorsorgereserven gem. § 340f HGB. Dem allgemeinen Kreditrisiko ist durch Abzug von Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen worden.

Wir waren jederzeit in der Lage, unseren Zahlungsverpflichtungen nach Art, Höhe und Fristigkeit nachzukommen. Wir haben im Jahr 2025 die aufsichtsrechtlichen Anforderungen in Form der LCR (Ist-Wert Jahresultimo von 293 %) sowie der NSFR (Ist-Wert Jahresultimo von 119 %) jederzeit eingehalten. Die Liquiditätsausstattung entspricht den aufsichtsrechtlichen und betrieblichen Erfordernissen.

Unsere Ertragslage ist aufgrund von Einmalaufwendungen im Zusammenhang mit der Verschmelzung sowie aufgrund einer konservativen Bewertung unterdurchschnittlich. Das im Jahr 2025 erwirtschaftete Betriebsergebnis vor Bewertung von 0,94 % der um das Refinanzierungsvolumen bereinigten Bilanzsumme liegt unterhalb der Vergleichswerte anderer Genossenschaftsbanken gleicher Größenklasse mit einem Durchschnittswert von 1,16 %. Mit einer CIR von 65,9 % liegen wir ungünstiger als der Vergleichswert der Genossenschaftsbanken gleicher Größenklasse mit einem Wert von 56,1 %.

C. Risiko- und Chancenbericht

Risikomanagementsystem und -prozess

Unsere Geschäfts- und Risikostrategie basiert auf einem Strategieprozess und ist ausgerichtet auf das Kundengeschäft mit Mitgliedern und Kunden aus unserer Region. Wesentliche Bestandteile der Geschäftsstrategie sind die aus der Risikotragfähigkeit der Bank abgeleiteten Teilstrategien für die wesentlichen Geschäftsaktivitäten unserer Bank. Dazu gehören neben dem Kundengeschäft insbesondere auch die Eigen-/Refinanzierungsgeschäfte, die Beteiligungsgeschäfte und die Immobiliengeschäfte.

Konsistent zu unserer Geschäfts- und Risikostrategie wurde eine Unternehmensplanung entwickelt, die eine langfristige und umfassende Begleitung unserer Mitglieder und Kunden im Hinblick auf Finanzierungswünsche, Vermögensanlagen und Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr sicherstellt.

Mit Hilfe einer strategischen Eckwert- und Kapitalplanung für einen Zeitraum von 5 Jahren steuern wir die Entwicklung unseres Instituts. Die Annahmen für die Markt- und Volumenentwicklungen erfolgen hierbei durch Experten auf Basis von Marktprognosen. Die abgeleiteten Ertrags- und Vermögenswirkungen werden anhand von Simulationsrechnungen mit Unterstützung der Steuerungssoftware VR-Control ermittelt.

Über den Stand und die Beseitigung der im Rahmen von Sonderprüfungen durch die Finanzaufsicht ermittelten Mängel beim IT-Dienstleister im Bereich Risikotragfähigkeit wurde zeitnah an Vorstand und Aufsichtsrat berichtet.

Die Geschäfts- und Risikostrategie sowie die Teilstrategien werden im Rahmen des von uns festgelegten Strategieprozesses regelmäßig und ggf. anlassbezogen überprüft. Das von uns verwendete Strategiemodell zeigt den organisatorischen Rahmen für die Strategie(über)prüfung und für die Vernetzung der strategischen und operativen Gesamtbanksteuerung auf.

Ziel unserer Risikostrategie ist nicht nur die Vermeidung von Risiken, sondern die Wahrung eines angemessenen Chancen-Risiko-Profiles unserer Risikopräferenz. Dabei beachten wir die folgenden Grundsätze:

- Die zur Risikotragfähigkeitssteuerung eingesetzten Methoden und Verfahren berücksichtigen das Ziel der Fortführung unseres Instituts als auch den Schutz unserer Gläubiger vor Verlusten aus ökonomischer Sicht.
- Verzicht auf Geschäfte, deren Risiko vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit und der Risikostrategie unserer Bank nicht vertretbar sind (Vermeidung von Risiken).
- Systematischer Aufbau von Geschäftspositionen, bei denen Ertragschancen und Risiken in angemessenem Verhältnis stehen (Akzeptanz von Risiken).
- Risikobegrenzung durch Übertragung nicht strategiekonformer Risiken auf andere Marktteilnehmer, beispielsweise über Versicherungsverträge oder durch Schließung offener Positionen über Derivate (Reduzierung von Risiken).
- Weitestgehende Vermeidung von Risikokonzentrationen durch quantitative Instrumente (u. a. Limitsysteme) oder qualitative Risikoanalysen.
- Schadensbegrenzung durch aktives Management aufgetretener Schadensfälle (Kompensation von Risiken).
- Die Festlegung der wesentlichen Elemente der Risikosteuerung sowie der wesentlichen Annahmen werden vom Vorstand beschlossen.
- Regelmäßige Durchführung eines Überprüfungsprozesses, in welchem die Vorgehensweise bei der Ermittlung der Risikotragfähigkeit sowie die eng damit verbundenen Dokumente und Prozesse hinterfragt werden.

Wir haben ein System zur Früherkennung von Risiken implementiert. Vor dem Hintergrund wachsender Komplexität der Märkte im Bankgeschäft sehen wir dies als eine zentrale Aufgabe an. Die zuständigen Organisationseinheiten berichten unmittelbar an den Vorstand. In diesem Rahmen ist ein Risikocontrolling- und Managementsystem mit entsprechenden Instrumenten eingerichtet, um bei Bedarf gegensteuernde Maßnahmen einleiten zu können.

Unsere Entscheidungsträger werden durch das interne Berichtssystem über die Geschäfts- und Risikoentwicklung frühzeitig informiert, um Maßnahmen zur Gegensteuerung ergreifen zu können.

Ziel des Risikomanagements unserer Bank ist es, Risiken, die den Erfolg wesentlich beeinflussen oder gar den Fortbestand gefährden können, frühzeitig zu erkennen sowie umfassend zu messen, zu überwachen und zu steuern. Integraler Bestandteil ist dabei die fortlaufende Sicherstellung der Risikotragfähigkeit. Die Planung und Steuerung der Risiken erfolgt auf Basis der Risiko- und Liquiditätstragfähigkeit der Bank unter Berücksichtigung der Geschäfts- und Risikostrategie.

Die Bestimmung unserer Risikotragfähigkeit erfolgt sowohl in einer normativen als auch in einer ökonomischen Perspektive als komplementäre, sich ergänzende Ansätze. Unsere zur Risikotragfähigkeitssteuerung eingesetzten Methoden und Verfahren berücksichtigen somit das Ziel der Fortführung unseres Instituts (normative Perspektive) als auch den Schutz unserer Gläubiger vor Verlusten aus ökonomischer Sicht (ökonomische Perspektive).

Die Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive, die einen periodischen Steuerungskreis darstellt, zielt auf die Fortführung der operativen Geschäftstätigkeit. In der normativen Perspektive betrachten wir die Einhaltung regulatorischer Anforderungen. Diese umfassen insbesondere die Kapitalgrößen wie Kapitalanforderungen sowie Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals wie beispielsweise die Höchstverschuldungsquote und die Großkreditgrenzen. Die Risikotragfähigkeit ist demnach gegeben, sofern der ermittelte Kapitalbedarf die Einhaltung der Kapitalquoten bewirkt und die sämtliche Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals erfüllt werden.

Die normative Perspektive bilden wir ausgehend von der Gesamtbankplanung über einen Zeithorizont von fünf Jahren ab. In dieser wird die Entwicklung des regulatorischen Kapitalbedarfs im Rahmen einer mehrjährigen Kapitalplanung bestimmt. Neben einem Planszenario werden mögliche abweichende Entwicklungen wie beispielsweise Bonitätsverschlechterungen im Kundenkreditgeschäft in adversen Szenarien berücksichtigt.

Die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive zielt auf den Schutz der Gläubiger ab. In der ökonomischen Perspektive, die in unserem Institut barwertig ermittelt wird, werden das Risikodeckungspotenzial und die konsistent dazu ökonomisch ermittelten Risiken gegenübergestellt. Die ökonomische Risikotragfähigkeit ist demnach gegeben, wenn die barwertigen Risiken durch das Risikodeckungspotenzial laufend gedeckt sind. Die Bewertung des Risikodeckungspotenzials erfolgt unabhängig von Rechnungslegungskonventionen und aufsichtlichen Eigenmittelanforderungen.

Ausgangspunkt bei der barwertigen Ermittlung des Risikodeckungspotenzials ist der Barwert (Marktwert) sämtlicher Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Dabei werden auch außerbilanzielle Größen berücksichtigt.

Auf Basis des ermittelten Risikodeckungspotenzials legen wir im Rahmen unseres Strategie- und Limitierungsprozesses einmal im Jahr unser Gesamtbankrisikolimit fest. Wir stellen dabei sicher, dass genügend freies Risikodeckungspotenzial zur Verfügung steht, um zukünftige Wertschwankungen aufzufangen.

Die Risikomessung für die in der ökonomischen Perspektive der Risikotragfähigkeit berücksichtigten Risikoklassen erfolgt mithilfe geeigneter Value-at-Risk (VaR)-Modelle mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % mit einem Risikobetrachtungshorizont von einem Jahr. Bei den Risikoklassen, für die kein statistisches Verlustverteilungsmodell verwendet wird, erfolgt eine expertenbasierte Risikoeinschätzung, die dem Ausmaß eines 99,9 %-Quantils entspricht. Die Risikoaggregation erfolgt ohne Berücksichtigung von Korrelationen zwischen den einzelnen Risikoarten additiv.

Die Ermittlung der Liquiditätstragfähigkeit erfolgt ebenfalls in einer normativen und einer ökonomischen Perspektive anhand von aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahlen sowie einer Überwachung des Überlebenshorizonts.

In der normativen Perspektive wird das Ziel verfolgt, kurzfristig und in unserer mehrjährigen Geschäftsplanung die aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen einzuhalten. Dazu werden hochliquide Vermögenswerte den aufsichtsrechtlichen Nettomittelabflüssen gegenübergestellt. Für die Steuerung der normativen Liquiditätstragfähigkeit verwenden wir die aufsichtsrechtlich vorgegebene Kennzahl Liquidity Coverage Ratio (LCR).

Das bankintern festgelegte Mindestniveau der LCR beträgt 150 %. Die LCR betrug zum Berichtsstichtag 293 %.

Zusätzlich wird die Net Stable Funding Ratio (NSFR) als normative Mindestgröße in der Banksteuerung berücksichtigt. Diese zeigt das Verhältnis von verfügbarer zur erforderlichen stabilen Refinanzierung auf.

Das bankintern festgelegte Mindestniveau der NSFR beträgt 110 %. Die NSFR betrug zum Berichtsstichtag 119 %.

In der ökonomischen Perspektive werden neben der Plan-Liquiditätsablaufbilanz Stress-Liquiditätsablaufbilanzen vierteljährlich erstellt. Diese berücksichtigen die Liquiditätsauswirkungen von institutseigenen und marktweiten Ursachen sowie eine Kombination daraus. Wir haben einen Mindest-Überlebenshorizont von 360 Tagen für die Plan-Liquiditätsablaufbilanz sowie von 30 Tagen für die Stress-Liquiditätsablaufbilanzen definiert. Diese wurden im Berichtszeitraum jeweils nicht unterschritten.

Die Offenlegung der Risikomanagementziele und -politik entsprechen den Anforderungen des Artikels 435 CRR.

Die Risikomanagementziele und -strategien werden dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert.

Die eingerichteten Systeme und Verfahren des Risikomanagements sind dem Profil und der Geschäfts- und Risikostrategie der Bank sowie ihrer Größe angemessen und entsprechen den Anforderungen der MaRisk.

Risiken

Als Risiko definieren wir die negative Abweichung vom erwarteten Ergebnis bzw. Planwert aufgrund von Unsicherheit. Zur Beurteilung der Wesentlichkeit von möglichen Risiken verschafft sich unsere Geschäftsleitung, einmal im Jahr im Rahmen der Risikoinventur sowie anlassbezogen, einen Überblick über die Risiken unserer Bank auf Gesamtinstitutsebene. Dabei werden auch übergreifende Risiken wie das Modell-, Reputations- und Nachhaltigkeitsrisiko sowie Risikokonzentrationen in der Wesentlichkeitsbewertung der einzelnen Risikoklassen berücksichtigt.

Zum Abschlussstichtag werden das Kreditrisiko, das Marktrisiko, das operationelle Risiko, das Liquiditätsrisiko, das Beteiligungsrisiko sowie das Immobilienrisiko als wesentliche Risikoarten bewertet.

Für unsere Risikobeurteilung zum Abschlussstichtag legen wir konsistent zum Prognosezeitraum einen Zeitraum von einem Jahr zu Grunde, in dem auch das Vorliegen von bestandsgefährdenden Risiken beurteilt wird.

Bestandsgefährdende Risiken (wesentliche Risiken mit hohen Auswirkungen) liegen für den hier zugrunde gelegten Beurteilungszeitraum von einem Jahr nicht vor.

Zum Stichtag besteht ein Reinvermögen von rund 474 Mio. EUR, wovon 350 Mio. EUR als Risikobudget bereitgestellt werden. Die Risiken belaufen sich im Risikoszenario insgesamt auf rund 215 Mio. EUR. Dies entspricht 45,3 % des Reinvermögens bzw. 61,3 % des Risikobudgets. Von den Risiken entfallen 35,0 % auf Kreditrisiken, 31,6 % auf Marktrisiken, 13,7 % auf Beteiligungsrisiken, 11,7 % auf Immobilienrisiken, 4,6 % auf Liquiditätsrisiken sowie 3,4 % auf operationelle Risiken.

Adressenausfallrisiken bzw. Kreditrisiko

Das Kreditrisiko beschreibt die Gefahr, dass Verluste oder entgangene Gewinne aufgrund des Ausfalls von Geschäftspartnern, der Ratingmigration und/oder der adressbezogenen Spreadveränderung entstehen. Es umfasst das Kreditrisiko im Kundengeschäft sowie im Eigengeschäft.

Das Kreditrisiko stufen wir auf Grundlage unserer Risikoinventur mit Blick auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aufsichtsrechtlich und betriebswirtschaftlich als wesentlich ein.

Zur Steuerung des Kreditrisikos setzen wir im Kundengeschäft Ratingsysteme zur Beurteilung der Bonität einzelner Engagements ein (im wesentlichen VR-Rating). Zur Bestimmung der Ausfallwahrscheinlichkeiten verwenden wir vorrangig die Verfahren der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken. Um die Spezifika der einzelnen Kundensegmente abbilden zu können, sind für unterschiedliche Kundensegmente separate Ratingverfahren im Einsatz.

Bei den Eigenanlagen nutzen wir für Wertpapiere die Ratinginformationen der DZ BANK AG auf Basis externer Ratingagenturen und für Fonds die Risikoinformationen der Fondsgesellschaft Union Investment. Auch hier werden die Risikoentwicklungen im Rahmen von VR-Control über ein Portfoliomodell überwacht. Turbulenzen an den Finanzmärkten begegnen wir durch eine breite Streuung der Eigenanlagen, Diversifikation in viele Anlageklassen und Beschränkung auf gute Bonitäten im Investmentgrade-Bereich.

Gemäß unseren Grundsätzen zur Risikosteuerung nehmen wir zur Absicherung von Kreditrisiken werthaltige Sicherheiten herein. Ratingnoten und Sicherheiten fließen in alle relevanten Kreditprozesse ein - von der Kreditvergabe bis zur Kreditüberwachung.

Neben der Steuerung von Kreditrisiken auf Kundenebene, nehmen wir die Steuerung auch auf Portfolioebene vor. Zu diesem Zweck ist ein Limitsystem implementiert. Im Rahmen der Kreditrisikosteuerung wird das Portfolio sowohl nach Bonitätsklassen, Größenklassen, Branchen, Sicherheiten und weiteren Risikotreibern sowie deren Entwicklung analysiert und die Einhaltung des Limitsystems überwacht. Zur Begrenzung der Einzelemittentenrisiken werden vom Vorstand kombinierte Kontrahenten- und Emittentenlimite ("Geschäftspartnerlimite") beschlossen. Vorstand und Aufsichtsrat werden monatlich bzw. quartalsweise über die Entwicklung des Portfolios sowie über die Auslastung der Einzel- und Strukturlimite informiert.

Daneben stellen die Mindestanforderungen an die Kreditvergabe risikobegrenzende Maßnahmen beim Einzelgeschäft dar. Kreditentscheidungen werden in Abhängigkeit vom Risikogehalt über unterschiedliche Kompetenzstufen getroffen. Die Bewertung der Kreditengagements und gegebenenfalls die Bildung einer Risikovorsorge erfolgen in Übereinstimmung mit den handelsrechtlichen Vorschriften. Als zentrales Kriterium für die Prüfung der akuten Ausfallrisiken wird die Nachhaltigkeit der Kapitaldienstfähigkeit herangezogen. Wir prüfen die Bildung von Risikovorsorge bei Vorliegen von Frühwarnsignalen und Ausfallkriterien. Sanierungsbedürftige und notleidende Engagements werden in einem marktunabhängigen Bereich betreut bzw. überwacht.

Über den Stand und die Beseitigung der im Rahmen von Sonderprüfungen durch die Finanzaufsicht ermittelten Mängel beim IT-Dienstleister im Bereich VR-Control KPM-KG und Verlustschätzung wurde zeitnah an Vorstand und Aufsichtsrat berichtet.

Wir ermitteln monatlich mit Hilfe des Kreditportfoliomodells für Kundengeschäfte (KPM-KG) barwertig unter VR-Control einen unerwarteten Verlust (Credit-Value-at-Risk) aus dem Kundenkreditgeschäft. Die Berechnung erfolgt auf Basis von Kreditrisikoprämien in einem mehrstufigen Verfahren, dem sowohl die modellierten Verluste auf Basis des LGD-Modells als auch Ausfallwahrscheinlichkeiten und Sektorparameter zugrunde liegen.

Auf dieser Basis ergibt sich zum 31. Dezember 2025 ein Credit-Value-at-Risk (CVaR) für die nächsten 12 Monate in Höhe von 16,9 Mio. EUR. Das entspricht einer Limitauslastung von 48,3 %.

Das Kreditrisiko bei Eigenanlagen wird im Rahmen der Risikotragfähigkeitskonzeption der Bank monatlich mit Hilfe des Kreditportfoliomodells für Eigengeschäfte (KPM-EG) ermittelt. Grundlage der Berechnungen sind verschiedene Marktpartnersegmente, die differenzierte Spread- und Ratingmigrationen, Spreadverteilungen sowie Migrationsmatrizen aufweisen. Die Ermittlung des in der Risikomessung angesetzten unerwarteten Verlustes (Risikoszenario) basiert auf einer Haltedauer von 250 Tagen.

Adressenausfallrisiken aus Fonds werden mittels einer von der Kapitalanlagegesellschaft ermittelten Ex-ante-Value-at-Risk-Kennziffer berücksichtigt, die nur das Adressenausfallrisiko abbildet.

Für das Eigengeschäft ergibt sich auf dieser Basis zum 31. Dezember 2025 ein CVaR für die nächsten 12 Monate in Höhe von 58,2 Mio. EUR. Dies entspricht einer Limitauslastung von 56,5 %.

Marktpreisrisiken bzw. Marktrisiken

Das Marktrisiko beschreibt die Gefahr, dass aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern Verluste entstehen können. Marktrisiken umfassen Zins-, Aktien- und Währungsrisiken sowie sonstige Marktrisiken.

Das Marktpreisrisiko stufen wir auf Grundlage der Risikoinventur mit Blick auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aufsichtsrechtlich und betriebswirtschaftlich als wesentlich ein.

Im Rahmen der ökonomischen Risikomessung des Zinsrisikos berechnen wir monatlich einen Value-at-Risk, der auf einem historischen Zeitraum basiert. Als Szenariotechnik verwenden wir eine Skalierung über eintägige Verbarwertungen mittels Resampling. Die Ermittlung erfolgt mit Hilfe des Moduls ZINSMANAGEMENT unter VR-Control.

Aufgrund einer Modellschwäche des Resampling-Verfahrens prüfen wir monatlich zwei Varianten und setzen den risikosensitiveren Wert aus dem Resampling-Verfahren auf Basis eines festen dreijährigen Betrachtungshorizontes sowie der klassischen historischen Simulation mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % bei einer Haltedauer von 250 Tagen an.

In der Risikomessung des Zinsrisikos berücksichtigen wir auch die im Rahmen der Steuerung abgeschlossenen Zinsderivate.

Das Marktrisiko aus Aktien entfällt vollständig auf Anlagen im Fondsbereich.

Sowohl Währungs- als auch sonstige Marktrisiken sind in unserem Haus nicht von wesentlicher Bedeutung.

Marktrisiken aus Fonds werden mittels einer von der Kapitalanlagegesellschaft ermittelten Ex-ante-Value-at-Risk-Kennziffer berücksichtigt, die nur das Marktrisiko abbildet.

Der damit zum 31. Dezember 2025 ermittelte Value-at-Risk beläuft sich auf 67,9 Mio. EUR mit einer Limitauslastung von 64,6 %.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiken können grundsätzlich in der Form des Zahlungsunfähigkeitsrisikos sowie des Refinanzierungskostenrisikos auftreten.

Zahlungsunfähigkeitsrisiken treten ein, wenn Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht oder nicht in ausreichender Höhe erfüllt werden können. Refinanzierungsrisiken entstehen, wenn die Liquidität nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann oder die Refinanzierungsmittel nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung stehen.

Liquiditätsablaufbilanzen dienen als Frühwarnindikator für eine mögliche Zahlungsunfähigkeit und stellen dabei insbesondere den Überlebenshorizont dar. Stresstests für einen Zeitraum von fünf Jahren führen wir anhand institutseigener, marktweiter als auch kombinierter Szenarien für Liquiditätsrisiken durch. Durch die Anrechnung auf die Liquiditätspuffer wird auf dieser Grundlage der Überlebenshorizont ermittelt. Dabei werden auch adverse Entwicklungen außerhalb unseres Erwartungshorizontes reflektiert.

Das Liquiditätsrisiko im Sinne des Refinanzierungskostenrisikos stufen wir als Bank auf Grundlage der Risikoinventur mit Blick auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aufsichtsrechtlich und betriebswirtschaftlich als wesentlich ein.

Die Berücksichtigung des Liquiditätsrisikos im Sinne eines Refinanzierungskostenrisikos erfolgt monatlich unter Berücksichtigung historischer Schwankungen des Refinanzierungsspreads mit Hilfe des Moduls ZINSMANAGEMENT unter VR-Control. Der Value-at-Risk basiert auf einer Performance-ex-ante-Berechnung mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % bei einer Haltedauer von 250 Tagen. Als erwarteter Verlust wird der Barwert der Liquiditätsprämie angesetzt, der bei der Ermittlung des Risikodeckungspotenzials berücksichtigt wird.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird angemessen in den Risikosteuerungs- und -controllingverfahren berücksichtigt.

Der damit zum 31. Dezember 2025 ermittelte Value-at-Risk beläuft sich auf 9,9 Mio. EUR mit einer Limitauslastung von 58,0 %.

Operationelles Risiko

Operationelle Risiken betreffen die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unzulänglichkeit oder des Versagens von internen Prozessen, Menschen oder Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein.

Das operationelle Risiko stufen wir auf Grundlage der Risikoinventur mit Blick auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aufsichtsrechtlich als wesentlich, betriebswirtschaftlich als nicht wesentlich ein.

Wir haben eine einheitliche Festlegung und Abgrenzung der operationellen Risiken zu den anderen betrachteten Risikokategorien vorgenommen und diese in den Organisationsrichtlinien fixiert und kommuniziert. Die Abgrenzung umfasst auch den Umgang mit nicht eindeutig zuordenbaren Schadensfällen, Beinaheverlusten und damit zusammenhängenden Ereignissen.

Wesentliche operationelle Risiken werden jährlich identifiziert und analysiert. Hierzu wird auf eine Schadensfalldatenbank zurückgegriffen, in die eingetretene Schäden eingestellt werden.

Das IT-Risiko stellt ein spezielles operationelles Risiko dar. Hier betrachten wir insbesondere die Teilbereiche "Zentrales Rechenzentrum" und "IT-Risiken Bank". Über die IT-Risiken, die das Rechenzentrum betreffen, erhalten wir regelmäßige Berichte vom IT-Dienstleister einschließlich Darstellung der eingeleiteten Maßnahmen bei Problemen.

Für die Steuerung einzelner Dienstleister nutzen wir die Leistungen der ZAM eG. Das Portfolio der ZAM eG umfasst unter anderem die Aufnahme festgestellter Mängel sowie deren Nachverfolgung. Die Abarbeitung der Feststellungen sowie deren Überwachung finden Eingang in die Berichterstattung gegenüber Vorstand und Aufsichtsrat.

Über den Stand und die Beseitigung der im Rahmen von Sonderprüfungen durch die Finanzaufsicht ermittelten Mängel wurde zeitnah an Vorstand und Aufsichtsrat berichtet.

Für alle wesentlichen Schadensereignisse in Bezug auf bankinterne IT-Risiken besteht ein umfassender Versicherungsschutz.

Rechtlichen Risiken begegnen wir durch die Verwendung der im Verbund entwickelten Formulare sowie durch die Inanspruchnahme juristischer Beratung im Fall von Rechtsstreitigkeiten.

Die Beurteilung des operationellen Risikos erfolgt anhand eines Self-Assessment (individuelle Einschätzung zu möglichen zukünftigen durchschnittlichen Brutto-Schadenshöhen und möglichen Eintrittswahrscheinlichkeiten der einzelnen Risikoverantwortlichen). Die mittels Multiplikation von Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenshöhe je Kategorie berechneten Risikowerte werden zu einem 99,9 %-Quantil verdichtet. Der berechnete erwartete Verlust wird bei der Ermittlung des Risikodeckungspotenzials berücksichtigt.

Das zum 31. Dezember 2025 ermittelte gesamte operationelle Risiko beläuft sich auf 7,4 Mio. EUR mit einer Limitauslastung von 73,7 %.

Weitere Risiken

Unter dieser Kategorie analysieren wir alle weiteren unseren Geschäftsbetrieb betreffende Risiken. Als weitere wesentliche Risiken haben wir das Beteiligungsrisiko sowie das Immobilienrisiko identifiziert.

Das Beteiligungsrisiko beinhaltet die Gefahr einer negativen Abweichung vom erwarteten Wert bzw. Planwert einer Beteiligung. Diese negative Abweichung setzt sich zusammen aus den Wertänderungen einer Beteiligung an sich, der negativen Abweichung zum erwarteten Ertrag (Ausschüttung) sowie dem Risiko eines Nachschusses.

Die Beteiligungen betreffen direkte bzw. über entsprechende Holdingstrukturen indirekte Beteiligungen. Neben Beteiligungen innerhalb des genossenschaftlichen Finanzverbundes spielen vor allem warenwirtschaftliche sowie strategische Beteiligungen eine bedeutende Rolle.

Das Beteiligungsrisiko stufen wir auf Grundlage der Risikoinventur mit Blick auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage betriebswirtschaftlich als wesentlich ein.

Für die Beurteilung des Beteiligungsrisikos nutzen wir einen Value-at-Risk-Ansatz. Der Value-at-Risk basiert auf einem Simulationsverfahren mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % bei einer Haltedauer von 250 Tagen.

Das zum 31. Dezember 2025 ermittelte Risiko aus Beteiligungen beläuft sich auf 29,4 Mio. EUR mit einer Limitauslastung von 73,4 %.

Durch den Aufbau unseres strategischen Geschäftsfeldes Immobilien ist auch das Immobilienrisiko von besonderer Bedeutung.

Das Immobilienrisiko ist das Risiko, dass im Bestand befindliche Immobilien bzw. Immobilieninvestments zu Verlusten führen können. Risiken in Form von negativen Abweichungen vom Erwartungs- bzw. Planwert resultieren sowohl aus Preisentwicklungen der Immobilien, welche schlechter sind als erwartet (Wertänderungsrisiko), aus höheren Kosten als geplant (Baukostenrisiko) als auch aus Mietausfällen (Mietetragsrisiko).

Im Vordergrund steht die nachhaltige Stabilisierung unserer Ertragslage bei einer möglichst aktiven Weiterentwicklung der Infrastruktur an wertigen Standorten innerhalb und außerhalb des Geschäftsgebietes.

Maßgebend ist die Einschätzung der Lage und deren Nachhaltigkeit in Bezug auf die Nutzungsart. Dies erfordert eine entsprechende Marktkenntnis bzw. Auseinandersetzung mit der Makro- und Mikrolage.

Das Immobilienrisiko stufen wir auf Grundlage der Risikoinventur mit Blick auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage betriebswirtschaftlich als wesentlich ein.

Für die Beurteilung des Immobilienrisikos nutzen wir einen Value-at-Risk-Ansatz. Der Value-at-Risk basiert auf einem Simulationsverfahren mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % bei einer Haltedauer von 250 Tagen. Die sich ergebenden Risiken sind durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial vollständig abgedeckt.

Immobilienrisiken aus Fonds werden mittels einer von der Kapitalanlagegesellschaft ermittelten Ex-ante-Value-at-Risk-Kennziffer berücksichtigt, die nur das Immobilienrisiko abbildet.

Das zum 31. Dezember 2025 ermittelte Risiko aus Immobilien beläuft sich auf 25,2 Mio. EUR mit einer Limitauslastung von 63,0 %.

Darüber hinausgehende weitere sonstige Risiken haben wir als unwesentlich eingestuft.

Gesamtbild der Risikolage

Auf Grundlage unserer Verfahren des Risikomanagements zur Ermittlung der Risiken sowie des Risikodeckungspotenzials ist die Risikotragfähigkeit in beiden Perspektiven (ökonomisch und normativ) in den von uns simulierten Risiko- bzw. Plan- und Stressszenarien gegeben. Die internen Simulationen kommen darüber hinaus zum Ergebnis, dass die Liquidität sichergestellt und die Eigenmittelanforderungen erfüllt werden.

Bestandsgefährdende Risiken sind aufgrund der Zugehörigkeit zur kreditgenossenschaftlichen Sicherungseinrichtung nicht erkennbar.

Nach dem derzeitigen Planungsstand ist die Risikotragfähigkeit angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögens-/Substanzsituation des Instituts auch in den Folgejahren gegeben. Die dargestellten Risiken werden die künftige Entwicklung unserer Bank nicht wesentlich beeinträchtigen.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel haben sich im Jahr 2025 um rund 17,3 Mio. EUR erhöht und betragen zum Stichtag 361,0 Mio. EUR, womit eine Gesamtkapitalquote von 18,0 % erzielt wird. Durch diese gute Kapitalbasis gelingt es uns, weiterhin Neugeschäft unter Beachtung einer risikoadäquaten Bepreisung durchzuführen.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen ist auch in der Zukunft gegeben. Auf Basis unserer Planungsrechnung betragen die Gesamtkapitalquoten mindestens 18,0 % für den Zeitraum der nächsten fünf Geschäftsjahre.

Weiterhin liefern die zur Zinssicherung abgeschlossenen Zinsderivate einen weiterhin positiven Ergebnisbeitrag zum Gesamtergebnis, so dass die in der Vergangenheit getroffenen Steuerungsmaßnahmen die Funktion der Zinsabsicherung erfüllt haben.

Wesentliche Auswirkungen der Risikolage auf Basis der geopolitischen Spannungen, die einerseits weiterhin durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine bestehen oder aber durch den neu entfachten Nahost-Konflikt verursacht wurden, waren nicht erkennbar. Hier bestanden und bestehen keine Assets in diesen Regionen.

Im Jahr 2025 zeigte die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland nur ein sehr schwaches Wachstum. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg im Gesamtjahr lediglich um rund 0,2 % gegenüber dem Vorjahr. Damit beendete Deutschland zwar eine Phase der wirtschaftlichen Schrumpfung, blieb aber weiterhin in einer Phase der Stagnation. Die Anzahl der Firmeninsolvenzen zeigte sich seit dem Tiefststand aus dem Jahr 2021 weiterhin ansteigend. Derzeit sehen wir mit Ausnahme bei einzelnen Unternehmen in der Immobilienbranche noch keine wesentlichen Auswirkungen in unserem Kreditportfolio.

Durch die Notenbankpolitik war zum Jahresende 2025 eine normale Zinsstrukturkurve vorhanden, die aufgrund der vorhandenen Steilheit auch wieder eine stärkere Fristentransformation ermöglicht hat. Hinsichtlich unseres Bestandes an Zinsderivaten überwiegend in Form von Festzinsszahlern führt diese Zinsstruktur kurzfristig zu Ergebnisbelastungen im Zinsergebnis im Vergleich zum Vorjahr. Gleichwohl ist die Zinnsicherungsfunktion weiterhin gegeben.

Die Geschäftsentwicklung der Bank für das Jahr 2026 wird wesentlich durch geopolitische, gesellschaftliche, ökologische, ökonomische sowie technologische Rahmenbedingungen beeinflusst. Veränderungen in diesen Bereichen können sowohl Risiken als auch Chancen für die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank darstellen.

Geopolitische Entwicklungen

- Geopolitische Spannungen, regionale Konflikte sowie zunehmende handelspolitische Fragmentierung können zu erhöhten Unsicherheiten auf den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten führen. Insbesondere mögliche Sanktionen, Handelsbeschränkungen sowie Störungen globaler Lieferketten können die wirtschaftliche Entwicklung einzelner Regionen und Branchen beeinträchtigen und sich damit negativ auf die Kreditqualität im Firmenkundengeschäft auswirken. Darüber hinaus können geopolitisch bedingte Schwankungen bei Energie- und Rohstoffpreisen zu erhöhter Inflation sowie zu einer erhöhten Volatilität an den Finanzmärkten führen.
- Gleichzeitig können staatliche Investitionsprogramme zur Stärkung strategischer Industrien, zur Sicherung von Energieversorgung und Infrastruktur sowie zur Anpassung globaler Lieferketten zu zusätzlichen Finanzierungsbedarfen führen. Daraus können sich für uns Chancen im Kredit- und Beratungsgeschäft ergeben.

Gesellschaftliche Entwicklungen

- Der demografische Wandel sowie ein zunehmender Fachkräftemangel können zu steigenden Personal- und Betriebskosten führen. Gleichzeitig kann eine wirtschaftliche Abschwächung die Einkommenssituation privater Haushalte beeinträchtigen und damit zu erhöhten Ausfallrisiken im Privatkundengeschäft führen.
- Demgegenüber kann die alternde Gesellschaft zu einer steigenden Nachfrage nach Vermögensaufbau- und Altersvorsorgelösungen führen. Zudem können veränderte Kundenpräferenzen hinsichtlich digitaler und nachhaltiger Finanzdienstleistungen zusätzliche Wachstumschancen eröffnen.

Ökologische Entwicklungen

- Die zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels können sowohl physische Risiken als auch transitorische Risiken für den Bankensektor sowie deren Kunden mit sich bringen. Physische Risiken ergeben sich insbesondere aus Extremwetterereignissen, die Vermögenswerte beeinträchtigen können. Transitorische Risiken entstehen aus regulatorischen Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen sowie aus strukturellen Veränderungen in emissionsintensiven Branchen. Diese Entwicklungen können sich negativ auf die wirtschaftliche Situation einzelner Kreditnehmer auswirken.
- Gleichzeitig ergeben sich Chancen aus dem steigenden Finanzierungsbedarf im Zusammenhang mit der Transformation hin zu einer nachhaltigeren Wirtschaft. Insbesondere Investitionen in erneuerbare Energien, energieeffiziente Infrastruktur und nachhaltige Technologien können zusätzliche Geschäftspotenziale im Kredit- und Kapitalmarktgeschäft eröffnen.

Ökonomische Entwicklungen

- Die wirtschaftliche Entwicklung bleibt weiterhin von Unsicherheiten geprägt. Eine konjunkturelle Abschwächung oder erhöhte Inflation können zu steigenden Kreditausfällen und zu Belastungen der Ertragslage führen. Darüber hinaus können Zinsänderungen zu Bewertungsrisiken im Wertpapierbestand führen.
- Gleichzeitig kann ein steigendes Zinsniveau vorrangig im längerfristigen Bereich im Vergleich zu dem Niveau der letzten Jahre positive Effekte auf die Zinsspanne der Bank haben. Darüber hinaus können Investitionsprogramme von Unternehmen sowie steigende Kapitalmarktaktivitäten zusätzliche Ertragsmöglichkeiten im Firmenkunden- und Kapitalmarktgeschäft eröffnen.

Technologische Entwicklungen

- Die fortschreitende Digitalisierung des Finanzsektors sowie der verstärkte Wettbewerb durch FinTech- und BigTech-Unternehmen können den Wettbewerbsdruck im Bankensektor erhöhen. Zudem bestehen Risiken im Zusammenhang mit Cyberangriffen sowie mit der zunehmenden Abhängigkeit von IT-Systemen und externen Dienstleistern. Darüber hinaus können steigende regulatorische Anforderungen im IT- und Datenbereich zu erhöhtem Investitionsbedarf führen.
- Demgegenüber bietet der Einsatz neuer Technologien, insbesondere im Bereich der Datenanalyse und der künstlichen Intelligenz, Potenziale zur Effizienzsteigerung, zur Optimierung von Prozessen sowie zur Verbesserung des Kundenerlebnisses. Digitale Geschäftsmodelle und Plattformlösungen können darüber hinaus neue Geschäftsfelder erschließen.

Unsere Risikosteuerungssysteme sind so ausgerichtet, dass wir Risiken auf Basis eines 99,9 %-Quantils tragen können. Es bestehen entsprechende Risikopuffer, die unsere Risikotragfähigkeit zusätzlich stützen. Darüber hinaus richten wir Investitionen an unserem bestehendem Limitsystem aus (unter anderem nach Größenklassen, Branchenstrukturen sowie Rating). Im Rahmen unserer Risikosteuerung definieren wir Szenarien, die außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Ereignisse beinhalten. Auch hierbei ist die Risikotragfähigkeit in analoger Vorgehensweise darstellbar.

Ein mögliches Eintreten der genannten risikobehafteten Szenarien ist im Hinblick auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage tragbar, gleichwohl führen derartige Ereignisse dennoch zu einer Belastung der Ergebnisse sowie gegebenenfalls zu einer Belastung der Vermögenslage.

Ein mögliches Eintreten der genannten chancenreichen Szenarien wirkt sich positiv auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aus. Es ist mit einer Verbesserung der Ergebnisse und damit auch der Vermögenslage zu rechnen.

D. Prognosebericht

Die nachfolgenden prognostizierten Ergebnisse sind insbesondere aufgrund der Auswirkungen des Nahost-Krieges und der damit zusammenhängenden Entwicklungen an den Güter- und Finanzmärkten zu betrachten. Am 28. Februar 2026 kam es zu militärischen Angriffen der USA und Israels auf iranisches Territorium. In der Folge ist die Passage durch die Straße von Hormus erheblich beeinträchtigt. Dies wirkt sich auf die internationale Schifffahrt sowie auf die globalen Energie- und Rohstoffmärkte aus. In diesem Zusammenhang sind insbesondere erhöhte Preisniveaus und Volatilitäten auf den Energiemärkten zu beobachten. Der Irankrieg hat vorerst zu keiner direkten Betroffenheit bei unseren Portfolien geführt.

Wir gehen davon aus, dass der Ölpreis auf absehbare Zeit erhöht bleibt. Gleichzeitig steigen die Lieferkettenprobleme an. Damit verbunden sind Inflationseffekte sowie ein rückläufiges Wirtschaftswachstum. Eine Reaktion der EZB erwarten wir mit zwei Zinssteigerungen, welches insgesamt zu einer Verflachung der Zinsstrukturkurve führen wird. Eine derartige Entwicklung wird unser Zinsergebnis moderat verringern. Weitere damit verbundene Auswirkungen können sich aufgrund des Inflationsanstiegs im Bewertungsergebnis zeigen, welches einer höheren Risikovorsorge bedarf. Steuerungsmaßnahmen von Seiten der Politik sind zu erwarten. So hat die Bundesregierung zur Entlastung von Unternehmen und Verbrauchern einen befristeten Tankrabatt beschlossen. Durch die temporäre Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe wird eine Dämpfung der Transport- und Mobilitätskosten erwartet. Hieraus können sich kurzfristig stabilisierende Effekte auf die Kostenentwicklung sowie auf die allgemeine Nachfrage ergeben. Gleichzeitig bleibt abzuwarten, in welchem Umfang die steuerliche Entlastung tatsächlich an Endverbraucher weitergegeben wird und welche Auswirkungen sich aus der weiterhin volatilen Energiepreisentwicklung ergeben.

Unser internes Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs bildet eine derartige Wirtschaftslage weitgehend ab. Es zeigt sich, dass wir mit den damit verbundenen Risiken umgehen können – sowohl die Risikotragfähigkeit als auch die Kapitalplanung sind weiterhin darstellbar.

Unsere Eckwertplanung, die vor dem Nahostkrieg erstellt worden ist, basiert auf folgenden wesentlichen Annahmen:

Der Zinsüberschuss wird sich unter der Prämisse eines konstanten Zinsniveaus sowie eines leicht rückläufigen Geschäftsvolumens positiv auf rund 49,2 Mio. EUR entwickeln. Ein wesentlicher Grund für die Verbesserung des Zinsergebnisses ist die zum Jahresultimo 2025 ausgeprägte Steilheit der Zinsstrukturkurve, welches eine erhöhte Fristentransformation ermöglicht.

Im aktivistischen Kundengeschäft planen wir im stationären Bereich ein Kreditwachstum von rund 3 %, wobei bestimmte Branchen einer Konsolidierungsstrategie unterliegen und daher ohne Wachstum berücksichtigt werden. Nach der konjunkturellen Schwächephase der vergangenen Jahre zeigt sich eine moderate wirtschaftliche Belebung, die eine erhöhte Kreditnachfrage erwarten lässt. Aber auch im Hinblick auf den Transformationsprozess hin zu einem nachhaltigeren Wirken sehen wir eine hohe Nachfrage nach Krediten für Sanierungsmaßnahmen sowie für technische Anlagen zur Erzeugung nachhaltiger Energie.

Das aktivische Eigenanlagengeschäft planen wir auf konstantem Niveau. Fällige, in der Regel geringer verzinsten Wertpapiere werden tendenziell einer höheren Neugeschäftskondition unterliegen.

Im passivischen Einlagengeschäft wird weiterhin ein starker Wettbewerb um Kundengelder erwartet. Für die Planung sehen wir ein moderates Wachstum von rund 2,0 % vor. Darüber hinaus wollen wir über die Marke AgrarBank im Bereich der Agrarwirtschaft sichtbar sein und überregional attraktive Konditionen bieten, die positiv auf unser Einlagengeschäft wirken sollen.

Den Provisionsüberschuss sehen wir bei rund 18,5 Mio. EUR. Das Wertpapiergeschäft erwarten wir weiterhin auf gutem Niveau. Das gute Börsenjahr 2025 hatte diese Entwicklung unterstützt - dieses wird im Jahr 2026 auf ähnlichem Niveau gesehen. Das Vermittlungsgeschäft erwarten wir moderat ansteigend.

Beim Personalaufwand haben wir für das Jahr 2026 eine reguläre tarifliche Steigerung der Gehälter um 3,5 % ab Mai 2026 berücksichtigt.

Die Höhe der Sachaufwendungen werden im Jahr 2026 auf Basis detaillierter Budgets mit rund 14,3 Mio. EUR rückläufig erwartet. Synergieeffekte aus dem Verschmelzungsprozess werden in Umsetzung kommen. Dieses betrifft insbesondere Kosten für Auslagerungsdienste, die durch den Zusammenschluss entfallen.

Aus der Kapitalplanung für die Jahre bis 2030 ergeben sich für das geplante Wachstum im Kreditgeschäft unter der Prämisse von Rücklagenzuführungen und der Einwerbung von Geschäftsguthaben derzeit keine Erkenntnisse für zusätzlichen Kapitalbedarf. Dabei wurde angenommen, dass die aktuellen aufsichtsrechtlichen Anforderungen keine Veränderung erfahren.

Auf Basis der Ergebnisvorschauzahlen per 31. März 2026 erwarten wir für das Jahr 2026 ein Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe von rund 31,0 Mio. EUR oder 1,21 % der durchschnittlichen um die zusätzlich aufgenommenen Refinanzierungsmittel gekürzte Bilanzsumme (Planwert 31,5 Mio. EUR). Für das Betriebsergebnis nach Bewertung rechnen wir mit einem Wert von rund 23,9 Mio. EUR (Planwert 25,8 Mio. EUR).

Für den bedeutsamen Leistungsindikator CIR prognostizieren wir eine Verbesserung auf unter 60 %.


Die für das Jahr 2026 geplanten Kapitalquoten werden unter Berücksichtigung der im Jahr 2026 geplanten Thesaurierung mit 18,8 % für die Gesamtkapitalquote sowie mit 17,3 % für die harte Kernkapitalquote weitgehend konstant bleiben. Hinsichtlich der Liquiditätsquoten wollen wir die von uns intern definierten Mindestquoten von 150 % für die LCR sowie von 110 % für die NSFR einhalten.

Beim Eintritt unserer adversen Szenarien würde sich die Gesamtkapitalquote je nach Art des Szenarios im worst-case um bis zu 3,6 Prozentpunkte verschlechtern.

Alsfeld, 11. Mai 2026

VR VerbundBank eG

Der Vorstand:



Euler Lautenschläger Kehl Schagerl